

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mftringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, der 11. Mai 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Alles wird anders!

Dem Nazisegen und seine ernüchternde Wirkung.

SPD. In Anhalt ist das Bündnis der Nationalsozialisten und der Deutsch-nationalen perfekt. Die nationale Opposition hat dort eine Landtagsmehrheit und von der Nazi-Presse wird der staunenden Mitwelt bereits jetzt verkündet, welch ein Segen sich demnächst über die Bewohner von Dessau und Umgebung er-giessen wird.

Einstweilen besitzen wir jedoch schon Kenntnis von der Tätigkeit der na-tionalen Regierung in Mecklenburg-Strelitz und von der Ernüchterung und Ent-rüstung, die dort bereits in der Bevölkerung eingezogen ist. Abbau aller so-zialen Leistungen, Einstellung des Wohnungsbaues, Streichung aller Wohlfahrts- und Krisenunterstützung für die Gemeinden, schärfster Abbau aller Beamtenge-hälter, Abbau der Lehrer und Schliessung von Schulklassen und sozialen Anstal-ten, Verschleuderung von riesigen staatlichen Holzbeständen an gerissene Kapi-talisten, Schliessung des Landestheaters, Vergebung einer Staatslotterie an ein ausländisches Konsortium und eine neue Steuer, die den Kopf der Bevölke-rung mit drei Mark jährlich belastet.

Das sind die Taten der nationalen Opposition in Strelitz. Vergebens su-chen wir ein Wort darüber in der sonst so redseligen Nazipresse. Lediglich das in Strelitz erscheinende Naziblatt, der "Niederdeutsche Beobachter" ver-öffentlicht jetzt einen Artikel mit der Überschrift: "Vorschläge zum Etat von Mecklenburg-Strelitz". Ihn hat kein Goebbels verfasst und kein Strasser. Drei Sterne ersetzen den Namen des Verfassers. Warum so bescheiden?

Wir verstehen die Anonymität des Verfassers, wenn wir in diesem Artikel die Verteidigung des Etats der neuen nationalen Regierung lesen. Mehr noch! Als leuchtendes Vorbild für eine gute Finanzwirtschaft wird in diesem Aufsatz man halte sich fest, auf Preussen, Bayern, Baden, Hamburg und Sachsen verwie-sen und was dort die Regierungen im Laufe der letzten Jahre getan haben, um ihren Etat zu balancieren. Da wird darauf hingewiesen, wie vorbildlich diese Staaten gespart und hohe Beamtenbezüge und Nebenvergütungen gekürzt haben. Wörtlich heisst es dann in dem Strelitzer Naziblatt:

"Die Beamten werden nicht allen Ländern, die sich zu solchen Massnahmen gezwungen sehen, Unfreundlichkeit vorwerfen wollen. Denn nur bei Ausschöp-fung aller Möglichkeiten kann es den Ländern auf die Dauer möglich sein, die Beamten überhaupt noch zu besolden."

Es wird ferner weiter auf die "finanzpolitisch bedeutsamen Notverordnun-gen des Reichspräsidenten" verwiesen, die es ermöglichen die Verwaltung zu vereinfachen. Bisher, unter dem Strelitzer Linkskabinett, habe man in dieser Beziehung alles versäumt. Und so kommt der Artikel zu seinen eigentlichen Vorschlägen: Abschaffung der unteren Domänenverwalter, Abschaffung aller Hoch- und Tiefbau- und Siedlungsämter, Justiz- und Schulverwaltung sollen je einem einzigen Referenten übertragen werden, Abschaffung der hohen Medizinal-verwaltung, Ende der Archivbehörde, Ende des Landeskriminalamtes, Zusammen-

Legung der Amtsgerichte, Ende des Verwaltungsgerichtes, Zusammenlegung von Landschulen, Abschaffung der Volksschulen in der Nähe der Städte und Schulkindertransport durch Post- oder Privatfuhrwerk in die Stadtschule, was weniger Kosten verursachen werde, als der Unterhalt von Lehrern und Schulgebäuden. "Möge daher", so schliesst der Artikel, "von diesen Vorschlägen zum Besten des Volkes und zum Nutzen der Staatsfinanzen bei der kommenden Etatberatung recht eifrig Gebrauch gemacht werden."

Wohl gemerkt, das sind die neuen und zusätzlichen nationalsozialistischen Vorschläge zu dem bereits anfangs geschilderten Etat mit seinen rigorosen und jedem sozialen Empfinden ins Gesicht schlagenden uferlosen Abbaumassnahmen und Steuerzuschlägen, die die Gemeinden, die Beamten, die Handwerker und Kleinbauern, die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger in noch tieferes Elend stürzen müssen. Kein deutscher Einzelstaat hat es bisher gewagt, solche Abbaumassnahmen zu ergreifen, wie die Naziregierung in Strelitz. Es hat aber wohl in der politischen Geschichte eines Volkes bisher auch noch keine Partei gewagt, vor den Wahlen eine solche schamlose Kritik zu üben, ein Paradies zu versprechen, um dann, wenn sie mit Hilfe dieser Kritik und aller Verdrehungen und Versprechungen an die Macht gekommen ist, ihre Wähler und das Volk so zu betrügen, wie diese selbe Nazi-Partei und die von ihr gebildete Regierung.

SPD. Stuttgart, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

In einer württembergischen Korrespondenz war behauptet worden, dass zwischen der Wahl des württembergischen Landtagspräsidenten und der Wahl des Staatspräsidenten "Zusammenhänge bestehen, die man früher nicht kannte". Dagegen wendet sich das Landesorgan des Zentrums. Es schreibt: "Soweit das Zentrum in Frage kommt, hat die Wahl des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten keinerlei Bedeutung für die Regierungsbildung und die Wahl des Staatspräsidenten."

Im Übrigen begründet das Blatt die Abstimmung des Zentrums für den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten wie folgt: "Es musste dabei die berechtigten Bedenken überwinden, ob ein Anhänger des Nationalsozialismus der geeignete Mann sei, einem Parlament im Sinn und Geist der Verfassung vorzustehen. Die Fraktion des Zentrums hätte nicht für Mergenthaler gestimmt, wenn nicht seine Partei vorher mit dem Zentrum Fühlung genommen und bei dieser Gelegenheit auf Verlangen des Zentrums die Zusicherung gegeben hätte, dass der neue Präsident nach seiner Wahl eine Loyalitätserklärung abgeben werde. Diese ist auch tatsächlich erfolgt. Der neugewählte Präsident erklärte bei der Uebernahme seines Amtes folgendes: "Alle Verpflichtungen, die mir in meiner Eigenschaft als Landtagspräsident durch die Verfassung und die Geschäftsordnung auferlegt sind, werde ich treu und gewissenhaft erfüllen". Das Zentrum hat mit seiner Stimmabgabe für Mergenthaler loyaler gegen die Nationalsozialisten gehandelt, als diese sich gegen das Zentrum einzustellen pflegen.... Die Erklärung des nationalsozialistischen Präsidenten werden wir vom Zentrum sehr im Auge behalten und sie auch während der kommenden Zeit nicht in Vergessenheit geraten lassen."

Dem Zentrum lag also zunächst daran, die Nationalsozialistische Fraktion zu dieser freiwilligen Bindung an Verfassung und Geschäftsordnung zu nötigen, was nur möglich war, wenn es sich bereit fand, den nationalsozialistischen Präsidentschaftskandidaten zu wählen. Im Uebrigen aber hat es durch seinen Vorbehalt gegenüber den Geschäftsordnungsbestimmungen über die Wahl des Staatspräsidenten Schwierigkeiten für die Wahl eines Nationalsozialisten in dieses Amt geschaffen, die kaum überwunden werden dürften. Sein Landesorgan kommentiert diesen Vorbehalt wie folgt:

"Der Landtag, der nach der Verfassung (§ 19) seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit fasst, kann nicht den Staatspräsidenten mit einer sogenannten

relativen Mehrheit, das heisst mit einer Minderheit wählen.... Wenn nun einzelne Parteien unter Ausnützungen von Bestimmungen der Geschäftsordnung in der Stichwahl mit einer nur relativen Mehrheit den Staatspräsidenten wählen, so könnte die Verfassungsmässigkeit eines solchen Wahlaktes vor dem Staatsgerichtshof bestritten werden.... Die Geschäftsordnung des Landtags ist seinerzeit nicht gemacht worden, damit sie Parteien wie den Nationalsozialisten günstige Möglichkeiten zur Erreichung machtpolitischer Ziele bietet.... Sie ist nicht dazu da, dass sie von einzelnen Parteien zur Errichtung eines Minderheitsregiments ausgenützt wird."

SPD. Die Sowjetregierung hat sich zu zwei Massnahmen genötigt gesehen, die sofort als ausserordentliche Notmassnahmen kenntlich werden, und damit bestätigen, dass in der russischen Wirtschaft eine sehr ernste Krise besteht.

Seit langem muss sich die Sowjetregierung darüber im klaren sein, dass weite Gebiete Russlands, wie das Gebiet der unteren Wolga und der mittleren Wolga, Kasaksten und Westsibirien, Gebiete mit einer Bevölkerung von über 40 Millionen Einwohnern, von Hungersnot bedroht sind. Die Sowjetregierung hat trotzdem bisher starr an der Linie des Fünfjahresplanes festgehalten, der die Ablieferung von Getreidemengen vorsieht, die im vergangenen Jahr nicht geliefert werden konnten. Es sind im wesentlichen zwei Motive, die die Sowjetregierung zu dieser starren Haltung veranlasst haben: ihre Geldschwierigkeiten und ihre aussenpolitischen Besorgnisse. Rückgang der Ablieferung bedeutet geringern Export und damit Wachsen der Devisenkalamität. Die unsichere Lage in Ostasien hat den Rat für Landesverteidigung bewogen, auf der Ansammlung von Getreidereserven für den Kriegsfall zu bestehen.

Aber diese starre Haltung der Sowjetregierung ist auf stärksten Widerstand bei der bäuerlichen Bevölkerung gestossen, die sich genau so verhalten hat, wie die deutsche Agrarbevölkerung während des Krieges unter dem System der Höchstpreise. Die Ablieferungspflicht wurde nicht erfüllt. Das Getreide wurde zu einem sehr erheblichen Teil entweder in den Kollektiven verbraucht oder schwarz verkauft. Die Folge war, dass der Preis auf dem freien Markt höher stieg, als durch das Fortschreiten der Inflation allein zu erklären war, und dass die Städte hungern. Es hat sich herausgestellt, dass die kollektiven Bauernwirtschaften wohl eine kollektive Zwangsorganisation besitzen, dass sie aber vollständig des kollektiven Geistes ermangeln! Das überaus Bedenkliche für die russische Wirtschaft dabei ist, dass unter diesen Umständen ein Teil des Saatgetreides in den Kollektiven aufgezehrt worden ist. Die Sowjetregierung denkt deshalb mit Sorgen an die kommende Ernte.

In diesen Zuständen liegt die Erklärung für zwei Verordnungen, die von Stalin und Molotow unterzeichnet sind und die nicht mehr und nicht weniger als eine Kapitulation des starren Fünfjahresplanprinzips vor den sozialen Tatsachen darstellen.

Die erste der Verordnungen bestimmt, dass das Getreideaufbringungssoll für das Jahr 1932 erheblich herabgesetzt wird. Die Bauern und die Kollektiven dürfen die Überschüsse, die sie erzielen, auf dem freien Markte verkaufen. Das Getreideaufbringungssoll für 1932 ist auf den Stand der tatsächlichen Ablieferung des Vorjahres gebracht worden, das heisst, dass die Sowjetregierung vor dem Widerstand der Bauern sehr erheblich zurückgewichen ist. Der Unterschied zwischen dem Soll von 1932 und 1931 beträgt 25 Millionen Tonnen.

Mit dieser Verordnung ist der bisherige tatsächliche Zustand, der durch die Resistenz der Bauern geschaffen worden ist, legalisiert worden. Es können sich daraus Rückwirkungen auf die Entwicklung der Kollektiven und ihre Stellung zum Sowjetregime ergeben, an die das Sowjetregime nicht gedacht hat, als es die Bauern in den Kollektiven organisierte!

Die zweite Verordnung hebt alle Sperrmassnahmen für das Schlachten und

den Verkauf von Vieh auf, ebenso alle Sperrmassnahmen für den Verkauf des Fleisches auf dem privaten Markt. Alle Sowjetorganisationen werden angewiesen, dem freien Verkauf keine Schwierigkeiten zu machen.

Der Sinn der ersten wie der zweiten Verordnung ist, den Bauern einen Anreiz zu geben, für den Markt zu liefern, damit die nichtbäuerliche Bevölkerung Lebensmittel erhalten kann, und damit der Bauer nicht völlig zur Nurelberstversorgung übergeht. Der Zwang des Fünfjahresplanes und die Schaffung der Kollektiven haben versagt - das Sowjetregime greift wieder einmal auf den Anreiz privaten Gewinnstrebens zurück.

Indessen muss auch die Sorge eine Rolle gespielt haben, dass die bäuerliche Bevölkerung unruhig werden könnte. Die neuen Verordnungen müssen zwei sehr bedenkliche Folgewirkungen haben. Wenn der agrarische Ueberschuss auf den freien Markt geliefert werden kann und das Aufbringungssoll verkürzt wird, wird die industrielle Bevölkerung noch stärker als zuvor auf den freien Markt angewiesen sein. Angesichts der russischen Inflation bedeutet dies, dass das Missverhältnis zwischen Löhnen und Preisen immer grösser werden muss. Die Arbeiter bezahlen die Zeche für die Erleichterungen für die bäuerliche Bevölkerung.

Der russische Viehstapel ist immer noch klein nach dem grossen Viehmorden, das mit der Zwangskollektivierung einsetzte. Die neue Verordnung wird ein neues Abschlachten hervorrufen, mit allen bedenklichen Folgen für die Zukunft.

Wenn trotz dieser Perspektiven diese Verordnungen erlassen worden sind, so ist dies ein Zeichen dafür, dass die Sowjetregierung Gefahr im Verzug sieht, dass sie der kritischen Zuspitzung nur zu entgehen glaubt, wenn sie Ventile öffnet.

SPD. Bukarest, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

In der bessarabischen Grenzstation Hotin deckte die Polizei eine weitverzweigte kommunistische Organisation auf, deren Mitglieder ausschliesslich Spionage zugunsten Sowjetrusslands trieben. Bisher wurden über 60 Personen verhaftet, darunter einige bekannte Terroristen, in deren Besitz grosse Mengen Explosivstoffe gefunden worden sein sollen.

SPD. Die Nazis haben einen "Ärztbund" und dementsprechend druckt die Nazipresse eine ärztliche Beilage. Im Gau Sachsen wird sie von dem Sanitätsrat Dr. A. Seeliger redigiert, der zugleich einen grossen Artikel loslässt unter dem Titel: "Hitler der Arzt des deutschen Volkes!"

"Kann denn ein ganzes Volk wirklich krank sein?" fragt der Herr Sanitätsrat, "Ist denn das deutsche Volk wirklich krank?" und seine Antwort lautet: "Ja!" Dass dieser Nazi-Mediziner ebenfalls nicht gesund ist, ergibt sich unzweifelhaft aus den folgenden Sätzen: Warum das ganze deutsche Volk krank sei? "Weil es ihm an ausreichendem Lebensraum und an Schutz vor Vermischung mit minderwertigen Rassen fehlt; weil es religiös gespalten ist, und es ihm ferner fehlt an: geeignetem Klima, an ständigem Kampf, an Reinheit des Blutes, gesünder Betätigung und würdigem Lebensziel! Ursache: "Der 30jährige Krieg, der französische Revolutionsliberalismus und die Fratze des blutschänderischen mordgierigen, kulturfälschenden Marxismus und Bolschewismus". Selbstverständlich gaben uns die Dolchstösse von 1918 den Rest, aber dann, dreimal Heil, erschien der rettende Arzt der die Ursachen wie die allein rettenden Heilmittel erkannte: Adolf Hitler!" Aus bescheidenster deutscher Hütte, von jenseits der Reichsgrenze, aus reinstem germanischen Blut, aus bisher völlig unbekannter Sippe kam der Mann, der unsern Nachkommen als ein metaphysisches Rätsel,

als ein unbegreifliches Wunder erscheinen wird," Hitler, so fährt der Herr mit dem nicht ganz unbekanntem Namen Seeliger fort, "Hitler muss uns als Arzt ganz hohen Ranges erscheinen, etwa im Sinne der arischen Antike, in der der König oder Feldherr oder Hohepriester (ei, ei Herr Seeliger!) durch blosser Handauflegung den Kranken heilte. Hitler ist das Ideal eines solchen Arztes, ein glänzender Diagnostiker und Therapeut, d.h. Erkennen und Heiler!... Hitler, der grosse, gottgesandte Arzt der Deutschen. Natürlich hat "der grosse Volksarzt Hitler" alle unsere Krankheiten erkannt und selbstverständlich wird er alle Schäden heilen als da sind: ungenügende Ernährung und ungeeignetes Klima, wie er uns auch Schutz gewähren wird "vor neuer Blutverunreinigung durch subgermanische lebensfeindliche Händlerhorden aus dem Osten und andere Untermenschen durch Marxismus und fremdes Rechtswesen."

In diesen Worten und Tönen geht es fort, drei Spalten lang, und wir bitten uns zu glauben, dass wir hier den Artikel eines Sanitätsrates im "Sächsischen Freiheitskampf" vom 7. Mai 1932 zitieren und nicht etwa die Protokolle einer Irrenanstalt. Dass aber dieser Arzt mit dem urgermanischen Namen dennoch einen Zweck verfolgt und wo der Hase im Pfeffer liegt, erkennen wir aus der Schlusspointe seines Artikels, in der Hitlers grösstes Verdienst in Sperrdruck zu lesen ist: "Er erkannte, dass die deutsche Sozialgesetzgebung und die deutschen Ärzte teuflisch missbraucht und vergewaltigt worden sind von Subgermanen und marxistischen Semiten in Gestalt der sozialdemokratisch geleiteten Ortskrankenkassen, ein ausgesprochen bewusst deutschfeindlicher Staat in Staaten, der erbarmungslos und ungehemmt den deutschen Arzt knechtete, als Kuli behandelte und an seiner eigentlichen Aufgabe, das kranke Volk zu heilen, hinderte;" auf gut Deutsch: hinderte, die Armen und Kranken restlos auszubuten.

Auch ohne Mediziner, geschweige ein Volksarzt zu sein, wissen wir wenigstens jetzt den Grund für den Irrsinn und Verfolgungswahn des Sanitätsrates, den hoffentlich sein Herr und Meister für seine Verdienste um das Dritte Reich zum Hofnarren der Braunen Häuser bei auskömmlichster Bezahlung bestellen wird.

SPD. Kiel, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch hat das Landgericht Kiel in einem Berufungsverfahren jene einstweilige Verfügung des Amtsgerichts bestätigt, in der dem Hauptschriftleiter der "Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" Wurbs verboten wird, zu behaupten, dass Hitler vor dem 13. März den Bürgerkrieg vorbereitet habe.

In dem Prozess wies Wurbs darauf hin, dass 1930 das Reichsgericht die Legalität der Nationalsozialistischen Partei nur deshalb anerkannte, weil Hitler die Legalität seiner Partei beschwor. Nach dem Bekanntwerden des amtlichen preussischen, bayerischen, württembergischen und hessischen Materials sei jedoch die Illegalität weitester Kreise der Nationalsozialistischen Partei einwandfrei festgestellt, und die gleiche Logik verlange, dass nunmehr auch die Illegalität Hitlers festgestellt würde. Hitler könne unmöglich um die Bürgerkriegsvorbereitungen der aufgelösten SA- und SS-Kolonnen nicht gewusst haben. Es könne deshalb einem Publizisten nicht verboten werden, Hitler für die Illegalität der aufgelösten SA verantwortlich zu machen.

Das Kieler Landgericht entschied aber anders. Es erklärte in der Begründung seines Urteils, dass die Richtigkeit insbesondere des preussischen Materials nicht zu bestreiten wäre. Hitler und sein Vertreter behaupteten indessen, dass insbesondere die Zusammenziehung der SA vor dem 13. März lediglich zu dem Zwecke erfolgt sei, unter Umständen zur Abwehr gerüstet zu sein. Würde Hitlers eidesstattliche Versicherung falsch sein und wäre er in der Tat des Hochverrates dringend verdächtig, dann müsste gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet sein. Da dies nicht der Fall ist, bestehe die eidesstattliche

Versicherung zu Recht.

Gegen das Urteil des Landgerichts ist sofort Berufung eingelegt worden. In dem bevorstehenden Hauptprozess im Juni wird Hitler beschwören müssen, ob er um die illegalen Machenschaften der SA- und SS-Führer gewusst hat oder nicht. Hatte er von den illegalen Absichten der SA keine Kenntnis, dann ergibt sich daraus, dass er lediglich ein Werkzeug in den Händen seiner Unterführer ist; ergibt sich aber, dass er um sie wusste, dann ist er auch für sie verantwortlich.

SPD. Offenbach, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

In einer Versammlung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation stellte der hessische Gaupropagandaleiter Trefz-Darmstadt dar, wie sich die Nationalsozialisten die Machtergreifung in Preussen und im Reich unter Missbrauch des Zentrums denken.

Entweder würden die Nazis, so führte Trefz aus, mit dem Zentrum eine Koalition eingehen oder das Zentrum müsse eine Naziregierung tolerieren. In beiden Fällen sei spätestens innerhalb vier Wochen der schönste Krach zu erwarten. Ein Misstrauensvotum gegen die Naziminister würde zwar angenommen werden, es bestehe aber keine Möglichkeit, auf parlamentarischer Grundlage eine andere Regierung zu bilden, sodass das Nazikabinett dann als Geschäftsregierung im Amt bleiben werde und erst recht machen könne was es wolle. Eine Übernahme der Regierung in Preussen käme aber erst nach Auflösung des Reichstags in Frage. Im neuen Reichstag würden die Nazis zweifellos eine absolute Mehrheit erhalten. Die erste Notverordnung, die Adolf Hitler herausgeben werde, werde die Auflösung sämtlicher Landtage verfügen, und ganz Deutschland werde dann allein von einer rein nationalsozialistischen Regierung verwaltet werden.

So stellt sich eine ebenso treue wie dumme Nazi-Seele die Entwicklung der Dinge vor. Die Wirklichkeit wird diesen Propheten zweifellos eines anderen belehren.

SPD. Eisenach, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

In der hiesigen Kammgarnspinnerei ereignete sich ein Unfall, der unter der Belegschaft grosse Erregung hervorrief. Der Färbearbeiter Intus fiel, nachdem er während einer Arbeitspause einen Schluck Tee getrunken hatte, wie tot um. Die Untersuchung des Tees ergab eine Beimischung von Chromsalz, das in der Färberei der Spinnerei verwandt wird.

Es ist anzunehmen, dass gewissenlose Menschen die Beimischung vorgenommen haben. Intus ist allen Kollegen als ruhiger, gewissenhafter und sachlicher Arbeiter bekannt. Die Färbereiabteilung aber ist eine ausgesprochene Nazizelle. Den Nazis gelang es nicht Intus für sich einzufangen. An seiner Ruhe und Lebenserfahrung scheiterten alle hetzerischen Argumente. Zum Glück ist Intus nicht, wie zuerst angenommen wurde, tot sondern schwer erkrankt.

SPD. Darmstadt, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete des hessischen Landtags Buttler, der kürzlich wegen seiner Selbstverstümmelung sein Mandat niederlegen musste, ist über Nacht aus seinem Wohnsitz Eberstadt verschwunden. Er hat unter Zurücklassung seiner Familie den Schauplatz seiner ferneren Tätigkeit nach seinem Geburtsort Hammelburg in Franken verlegt.

SPD. Im Reichstag haben die Nazis den Antrag gestellt auch die sozialdemokratische Freidenkerbewegung zu verbieten, damit das deutsche Volk wieder fromm und gläubig werden könne. Einer der Mitunterzeichner dieses Antrages ist der Naziabgeordnete Dr. Loepelmann. Am vergangenen Sonnabend sprach dieser Herr in Dresden in einer Versammlung und erklärte nach dem Bericht des sächsischen Naziblattes wörtlich:

"Man spricht jetzt soviel von Preussen und von den Möglichkeiten die sich aus der Wahl ergeben. Dazu sagen wir: wir können warten, wir werden auch eventuell ein Tänzchen mit dem Zentrum wagen, denn wir haben schon vor Jahren erklärt, dass wir selbst mit des Teufels Grossmutter tanzen, wenn es für unser Volk von Vorteil ist, nur den Takt werden immer wir angeben."
(Starker Beifall)"

So sehen sie aus, die Kämpfer für Gott und Volk. "Hilfreich im Augenblick der Gefahr zu seinem Volk stehen" - "aber nur wenn das System beseitigt ist". Sonst kann der ganze Schnee verbrennen. Freidenkerverbot und Gottesstreiter - um an die Futterkrippe zu kommen! Geht es nicht ohne "die schwarze Pest" - dann eben mit ihr; nicht ohne Brüning - dann mit Brüning; nicht mit dem lieben Gott - dann gegen ihn, und mit dem Teufel und selbst seiner Grossmutter! Diesen Volksbetrügnern und Politikern mit dem auswechselbaren Boden ist, alles und jedes Mittel recht. Die Hauptsache, sie kommen ran.

In der gleichen Dresdner Versammlung produzierte sich noch der Naziabgeordnete Schemm, der den traurigen Mut hatte, die sozialdemokratischen Lehrer als Verbrecher zu bezeichnen und hinzuzufügen: "Der Marxist Loewenstein hat gesagt, die Familie müsse ausgerottet werden". Um das Volk zu betrügen und die Gegner zu verleumden, dazu ist diesen nationalsozialistischen Lügner und Heuchlern kein Schwindel zu gross und zu dumm, dass sie ihn nicht ihren Leuten aufhängen würden!

SPD. Paris, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Leiche Doumers, dem in den beiden letzten Tagen hunderttausende Franzosen die letzte Ehre erwiesen haben, ist am Mittwoch-Abend ingesargt und auf einem im Festsaal des Elysees errichteten Katafalk aufgebahrt worden. Der Zeremonie wohnten nur die Familienangehörigen und die engsten Mitarbeiter des Präsidenten bei. Am Donnerstag-Vormittag um acht Uhr beginnen die Bestattungsfeierlichkeiten.

Der Mörder Gorgulow, der im Gefängnis in der gleichen Zelle sitzt, wie seinerzeit der Mörder Jaurés, Villain, und der auch von einem der Rechtsanwälte Villains verteidigt wird, ist am Mittwoch-Nachmittag nochmals dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden, der ihn eingehend über den Hergang der Tat und die Beweggründe verhörte.

SPD. Essen, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Polizeipräsident hat anlässlich der schweren Ausschreitungen während und nach der Erwerbslosenkundgebung am Dienstag-Abend alle öffentlichen Versammlungen der Kommunistischen Partei und ihrer Unter- und Nebenorgane sowie die öffentlichen Aufzüge mit sofortiger Wirkung verboten. In der amtlichen Verlautbarung heisst es, dass durch derartige Kundgebungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet erscheine.

SPD. Paris, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik wird seine Besprechungen mit den Parteiführern zur Lösung der Kabinettskrise wahrscheinlich erst am 5. oder 6. Juni beginnen, weil die neue Kammer erst als endgültig konstituiert gilt und erst ein Präsidium wählen kann, wenn die Mandate der gewählten Abgeordneten als rechtsgültig anerkannt worden sind, was gewöhnlich vier bis fünf Tage in Anspruch nimmt. Die offiziellen Vorbesprechungen über die Mehrheits- und Regierungsbildung dürften in den letzten Mai-Tagen beginnen, da die für den 18. Mai anberaumten Sitzungen des Exekutiv Ausschusses und der Fraktionen der Radikalen Partei auf den 24. und 25. Mai vertagt worden sollen, weil in der nächsten Woche die Provinziallandtage (Generalräte) zusammentreten, sodass zahlreiche Abgeordnete verhindert sein dürfte, am 18. Mai an den Parteiberatungen in Paris teilzunehmen. Für Léon Blum, der diese Vertagungsabsicht bereits am Mittwoch-Morgen im "Populaire" ankündigte, stellt diese Massnahme eines der Symptome für den Wunsch der Radikalen dar, eine Konzentrationsregierung zu bilden.

SPD. Köln, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Vor einiger Zeit war der Kölner Universitätsprofessor Kroll, der gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, Universitätsprofessor Martin Spahn, den Vorwurf erhoben hatte, dass er das Rheinland und die Universität Köln in Zeiten höchster Not "Separatistenzeit) im Stich gelassen habe, vom Gericht freigesprochen worden. Gegen das Urteil legte Professor Spahn Berufung ein, die er jetzt jedoch zurückgezogen hat. Da bereits in erster Instanz zahlreiche Beweise für die Richtigkeit der Behauptung des Beklagten erbracht waren und weitere Enthüllungen über das Verhalten Professor Spahns sowohl aus seiner früheren Tätigkeit in Strassburg als auch in Köln im Berufungsverfahren bevorstanden, so kann die Zurücknahme seiner Berufung nur so ausgelegt werden, dass er das nochmalige grelle Licht der Beweisführung sowie die für ihn peinlichen Erörterungen vor aller Öffentlichkeit scheut und seiner Sache nicht sicher ist.

SPD. Am Donnerstag, dem Tage der Beisetzung des Präsidenten der Französischen Republik, Paul Doumer, setzen das Reichspräsidium, die Reichskanzlei, die Reichsministerien und der Reichstag die Flaggen auf Halbmast.

SPD. Tokio, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Japan hat beschlossen, im Laufe des nächsten Monate seine Streitmächte aus Schanghai zurückzuziehen. Eine Division der aus Schanghai abgerufenen Truppen wird nach der Mandschurei entsandt, wo sie gegen die sogenannten irregulären chinesischen Truppen eingesetzt werden soll.

SPD. Stuttgart, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Stuttgarter Polizeipräsident Klaiber dementiert die Meldung, dass er als Ministerpräsident und Innenminister einer "evangelischen Regierung" in Aussicht genommen sei. Mit ihm sei von keiner Seite ein Wort über eine solche Möglichkeit gewechselt worden.

SPD. Das Mecklenburger Naziblatt
meldet :

"Friedland, 7. Mai.

Deutscher Abend! Ein Ereignis von aussergewöhnlicher Bedeutung steht Friedland bevor. Die hiesige Ortsgruppe der NSDAP wird im Rahmen eines Deutschen Abends das bekannte Bühnenwerk von Pg. Dr. Goebbels: "Der Wanderer" zur Aufführung bringen. Da Pg. Griesenhoser, der als Leiter der früheren Volkshöhle "Vredeland" hohes Ansehen genießt, die Regie übernommen hat, erscheint eine tadellose Aufführung des gehaltvollen Stöckes gewährleistet. Für den musikalischen Teil ist die Kapelle Brüdigung gewonnen. Staatsrat Pg. Dr. Skichtenoth (Neustrelitz) wird den Abend mit einer Ansprache eröffnen. Nach der Aufführung werden lebende Sportplastiken und Jiu-Jitsu-Kämpfe zur Abwechslung beitragen."

Wie wir hören hat sich die Theaterleitung in Friedland die gesamte Nazi-fraktion des Reichstages als Mitwirkende gesichert. Die Vorproben finden zur Zeit in den Reichstagsitzungen statt. Goebbels selbst spielt die Rolle des Souffleurs, da einige Nazis und Statisten bei den Proben ziemlich aus der Rolle gefallen sind.

SPD. Paris, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Albert Thomas wurde am Mittwoch-Nachmittag in dem Pariser Vorort Champigny, dessen langjähriger Bürgermeister und Abgeordneter er war, feierlich zu Grabe getragen.

Trotz des regnerischen Wetters hatten sich viele Partei- und Gewerkschaftsfreunde sowie zahlreiche offizielle Persönlichkeiten zu der Feier eingefunden. 42 Regierungen hatten Delegierte entsandt. Die französische Regierung war durch Arbeitsminister Laval und Unterrichtsminister Roustan, der Völkerbund durch Sir Eric Drummond und Ratspräsident Matos vertreten. Alle leitenden Beamten des Internationalen Arbeitsamtes waren gleichfalls anwesend, ebenso mehrere Mitglieder des Völkerbundsrates, darunter der polnische Außenminister Zaleski und Paul Boncour. Die Reichsregierung hatte Ministerialdirektor Weigert vom Reichsarbeitsministerium entsandt. Die französische sozialistische Parlamentsfraktion war vollständig erschienen, ebenso der Vorstand der radikalen Fraktion mit Herriot an der Spitze. Aus Deutschland waren gekommen Theodor Leipart für den ADGB, Victor Schiff für die SPD und Ministerialrat Donau, der Leiter der Berliner Zweigstelle des Internationalen Arbeitsamtes. Unter den zahllosen Kranzspenden bemerkte man den des ADGB mit der Inschrift "Er war unser Freund", den der SPD mit den Worten "Dem Verteidiger der Arbeiterklasse und des Friedens", der Reichsregierung usw.

Auf dem Platz vor dem Rathaus, wo der Katafalk mit dem Sarge von Thomas aufgebaut war, sprachen mehrere Vertreter verschiedener Abteilungen des Internationalen Arbeitsamtes, darunter als Vertreter der Arbeitnehmergruppe und des Internationalen Gewerkschaftsbundes Jouhaux, der Präsident des Völkerbundes Matos und im Namen der französischen Regierung Arbeitsminister Laval. Als dieser das Werk Thomas' mit den Abrüstungsplänen Tardieu in einem Atemzuge nannte, wurden aus der Menge einige Protestrufe laut. Ergreifende Abschiedsworte hielt im Namen der Sozialistischen Internationale und zugleich der französischen Partei Renaudel, der u.a. erwähnte, dass man in der Brusttasche des Toten eine Mitgliedskarte der sozialistischen Partei vorfand, die er bis zuletzt auf dem Herzen trug - eine deutliche Anspielung auf die Distanzierung von Laval. Im Namen der Deutschen Sozialdemokratie sprach Victor Schiff dem Toten den Dank sowohl für seine Bemühungen für die deutsch-französische Verständigung als auch für seine Verteidigung jener sozialen Einrichtungen aus, die in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise die letzte Rettung und Hoffnung von Millionen unschuldiger Opfer seien. Ein Vertreter der Genossenschafts-

internationale und der sozialistische Bürgermeister von Champigny schlossen die Reihe der Redner. Sodann bewegte sich ein langer Zug zum nahen Friedhof von Champigny, wo sich über der Gruft die roten Fahnen der Partei zum Abschied senkten.

SPD. Frankfurt/M., 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Eine Einheitsfront der Banansen hat in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung mit 40 gegen 38 Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums einen Dringlichkeitsantrag angenommen, dass die neue Komödie von Fritz von Unruh "Zéro" vom Spielplan des städtischen Schauspielhauses abgesetzt wird, weil sie "moralisches Ärgernis" erzeuge. Nachdem erst jüngst die städtische Theaterdeputation ein Gastspiel des Deutschen Theaters - Berlin mit Schillers "Kabale und Liebe" zugunsten eines Schmierstückes verhindert hat, ist der neueste Beschluss in kurzer Zeit der zweite Fall kulturfeindlicher Einmischung einer Frankfurter kommunalen Körperschaft in Dinge der Kunst, von denen sie nichts versteht.

SPD. Wien, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Die von den Christlichsozialen erstrebte Bürgerblockregierung scheint endgültig gescheitert zu sein, obwohl es den Christlichsozialen in der Mittwoch-Sitzung des Verfassungsausschusses durch mancherlei Zugeständnisse gelungen ist, einen Umfall der neuen grossdeutschen Abgeordneten zu erkaufen. Mit den Stimmen dieser Grossdeutschen wurde ein Scheingesetz angenommen, durch das zwar die Auflösung des österreichischen Parlaments beschlossen, aber die Festsetzung des Wahltermins der Herbsttagung vorbehalten wird, sodass die Neuwahl in Österreich nicht vor dem Herbst stattfinden können. Die Regierung wird unter diesen Umständen ohne den Heimatblock, der nach wie vor auf sofortige Neuwahlen besteht, aus den Grossdeutschen und dem Landbund gebildet werden. Eine derartige Regierung verfügt im Nationalrat nur über eine Mehrheit von 2 Stimme. Ihre Führung dürfte der am Dienstag vom Bundespräsidenten mit der Kabinettsbildung betraute Christlichsoziale Dollfuß übernehmen.

SPD. Hamburg, 11. Mai (Eig. Drahtb.)

Die neue Hamburger Bürgerschaft wählte am Mittwoch-Abend in ihrer konstituierenden Sitzung den bisherigen Präsidenten der Bürgerschaft, den Sozialdemokraten Ruschewey, mit 69 Stimmen der Sozialdemokraten, Staatspartei und des Zentrums gegen 65 Stimmen der Nationalsozialisten und der übrigen Rechtsparteien wieder.

Der von den Nationalsozialisten als der stärksten Fraktion erhobene Anspruch auf den Präsidenten wurde von den Sozialdemokraten und der Staatspartei nicht anerkannt, da die Nationalsozialisten in der vorherigen Bürgerschaft den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion als der damals stärksten ebenfalls nicht anerkannt hatten. Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten erklärte nach der Wahl des Sozialdemokraten, dass nach dem "Bruch mit der parlamentarischen Übung" (schallendes Gelächter und Rufe: "Denken sie an die letzte Präsidentenwahl!") die nationalsozialistische Fraktion sich nicht mehr an der Wahl beteiligen werde und auch grundsätzlich ihre bisher auf parlamentarische Mitarbeit eingestellte Taktik ändern werde. (Stürmisches Gelächter.) Zum ersten Vizepräsidenten wurde dann der bisherige zweite Vizepräsident Landahl (Staatspartei) gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde, nachdem auch von den übrigen Rechtsparteien in Anlehnung an die Taktik der Nationalsozialisten kein Vorschlag eingereicht worden war, der Zentrumsabgeordnete Beyrich mit den Stimmen

der Sozialdemokraten, der Staatsparteilern und der Zentrumsabgeordneten. Die beiden Zentrumsleute, die bisher bei der Volkspartei hospitierten, haben sich jetzt der Staatspartei als Hospitanten angeschlossen.

Nach der Wahl des Zentrumsmannes riefen die Nationalsozialisten "Neu-Weimar im Präsidium". Vor der Wahl der Schriftführer gab der deutschnationale Fraktionsführer die Erklärung ab, dass sich seine Fraktion jetzt der Taktik der Nationalsozialisten anschliesse und ihre Vorschläge für die Schriftführerposten zurückziehe. Die Schriftführerposten wurden dann mit Angehörigen der Fraktionen der Sozialdemokraten, der Staatspartei und des Zentrums besetzt.

SPD. London, 11. Mai (Eig. Drahtb)

England hat Irlands Gesetz zur Abschaffung des Treueides mit schwestem handelspolitischem Geschütz beantwortet.

Der Minister für die Dominions, Thomas, wurde am Mittwoch im Unterhaus gefragt, ob die Regierung mit dem irischen Freistaat in Verhandlungen zu treten beabsichtige über die Zölle, die am 15. November in Kraft treten sollen. Thomas erwiderte: "Die Bestimmungen in dem Gesetz zur Abschaffung des Eides stehen in direktem Konflikt mit den Verpflichtungen, die der irische Freistaat durch den Vertrag von 1921 übernommen hat. Nach der Auffassung der Regierung kann man nicht von ihr erwarten, dass sie in Verhandlungen über weitere Vereinbarungen eintreten sollte mit einer Regierung, die auf diese Weise einen früheren Vertrag gebrochen hat."

Die logische Auslegung dieser Äusserung von Minister Thomas würde den Ausschluss Irlands von der Empire-Konferenz in Ottawa bedeuten. Das irische Gesetz zur Abschaffung des Eides hat noch vor seinem Inkrafttreten den irischen Senat zu passieren. Bis das geschehen ist, wird im englischen Parlament keine Aussprache über die irische Frage stattfinden.

SPD. In Pommern stehen die Gewerkschaften im Begriffe eine grosszügige Propaganda für die sozialdemokratische Presse einzuleiten. Die nachahmenswerte Parole dieser Aktion ist: Jeder Funktionär der Gewerkschaften muss die sozialdemokratische Presse abonnieren. Warum - bekundet eine dieser Tage abgehaltene Konferenz sämtlicher Gau-, Bezirks- und Ortsgruppenleiter des ADGB Pommern in folgender ebenso erfreulichen wie bedeutsamen Entschliessung:

"Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage erfordert die aufmerksamste Beobachtung durch alle Organe der organisierten Arbeiterschaft. Die bestehenden Schwierigkeiten können nur überwunden werden durch gemeinsames Zusammenwirken aller organisatorischen Kräfte. Um das Lügegebäude aller Gegner von rechts und links zu zerstören, ist verschärfte Aufklärungsarbeit erforderlich. Hierzu ist das berufenste und geeignetste Mittel die sozialdemokratische Arbeiterpresse. Jeder organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte ist im eigenen Interesse verpflichtet, die für seinen Wohnort zuständige sozialdemokratische Zeitung zu abonnieren. Die Konferenz des erweiterten Bezirksausschusses und der leitenden Funktionäre des ADGB hält es für eine der vornehmsten Pflichten aller Funktionäre der freien Gewerkschaften, zu jeder Zeit und an jeder Stelle für die Ausbreitung der im Bezirk erscheinenden Arbeiterzeitungen zu wirken."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 11. Mai (Eig. Bericht)

Der Reichstag richtete sich am Mittwoch auf eine Dauersitzung ein. Schon um 10 Uhr vormittags begannen die Beratungen. Stundenlang gab es rednerische Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, der Mitte und den Nationalsozialisten. Der Christlich-Soziale Rippel wies Herrn Strasser nach, dass dessen Rede vielfach aus guten, alten, lieben Bekannten bestanden habe, die von anderen Parteien schon seit mehr als 20 Jahren aufgestellt seien. Manche Forderungen Strassers seien auch längst überaltert.

Im Laufe des Nachmittags nahm der Reichskanzler das Wort zu einer im wesentlichen aussenpolitisch gestimmten Rede. Die Nationalsozialisten, die von ihrem Osaf Anweisung haben, sich während dieser Reichstagstagung gesittet zu benehmen, gaben sich alle Mühe, auch den Reichskanzler ruhig anzuhören. Reichskanzler Brüning stellte für die Abrüstungs-Konferenz den Grundsatz auf: Gleichberechtigung Deutschlands durch allgemeine Abrüstung. Er sieht übrigens in der Entwicklung dieser Konferenz gewisse Fortschritte. Der Wille zur wirklichen Abrüstung sei stärker geworden. Die Reparationsfrage könne nur durch volle Streichung der politischen Schulden gelöst werden. Danach werde jedes Land, auch der Sieger, reicher sein als bisher. Auch nach Ablauf des Hoover-Jahres werde Deutschland nicht zahlen können. Wiederholt warnte der Reichskanzler mit grossem Ernst vor den unmittelbar drohenden Gefahren eines allgemeinen internationalen Zusammenbruchs. Wenn die Wirtschaftskrise in den nächsten Monaten noch weitere Fortschritte mache, stelle sie die Welt vor eine Situation, aus der kein Ausweg mehr gefunden werde. Alle Regierungen müssten die Grösse der Gefahr erkennen.

Weiter polemisierte der Reichskanzler lebhaft gegen die Nationalsozialisten. Deren Kritik nehme keine Rücksicht auf die aussenpolitische Situation und auf die Widerstandskraft des Deutschen Volkes. Als die Nationalsozialisten aufbegehrten, hob der Kanzler drohend die Hand und rief ihnen zu: "Seien Sie mit Ihren Unterhaltungen mit dem Ausland vorsichtiger!" Diese Bemerkung rief im ganzen Hause grosse Bewegung hervor. Der Kanzler fuhr fort, solche Privatunterhaltungen der Nationalsozialisten erweckten im Ausland den Glauben, dass eine spätere Regierung kompromissfreudiger sein werde, als die jetzige. Neue grosse Sensation im Hause. Die Nationalsozialisten steckten diese Bemerkung des Reichskanzlers nahezu ohne Widerspruch ein. Der Reichskanzler erklärte dann mit grossem Nachdruck, dass an der Währung unter allen Umständen festgehalten werden müsse. Die Vorschläge Strassers führten zur Inflation, die in Deutschland nicht gebremst werden könne. Auch die Ausweitung des Arbeitsdienstes hänge von klarer, sauberer Finanzierung ab. Der Reichskanzler erklärte, dass die Haushalte der Reich, Länder und Gemeinden mit gleicher Sorgfalt behandelt werden müssten. Schliesslich forderte er noch einmal die Regierungen der Welt auf endlich einen richtigen Frieden zu schaffen.

Die Kanzlerrede machte starken Eindruck. Eine Lücke wies sie insofern auf, als der Kanzler auf die wirtschaftlichen Wirkungen seiner Notverordnungen überhaupt nicht eingegangen ist; insbesondere sagte er nichts über die verheerenden Folgen des viel zu weit getriebenen Lohnabbaus.

Anschliessend sprach der Spalter Dr. Siemen in grössten Tönen. Seine "Partei", so prophezeite er, werde mit viel grösserer Energie als SPD und KPD zusammen die Arbeiterschaft zur ausserparlamentarischen Einheitsfront führen. Der Kommunist Rädcl verzapfte den Blödsinn, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in vollem Abmarsch zu Hitler seien. Am Schluss seiner Rede schrien die Kommunisten ein dreimaliges "Nieder" auf das Brüning-Kabinett. Reichsminister Schlange sprach über Osthilfe und Siedlung. Neue Osthilfsanträge dürften nicht mehr gestellt werden. Auch für Ostpreussen sei jetzt ein Endtermin zur Erledigung der Anträge festgesetzt. Eine tolle Nummer.

ist der deutschnationale Abg. Dr. Kleiner, der eigentlich bei den Nationalsozialisten Platz nehmen sollte. Ohne jede Spur eines Beweises schrie er, brüllte er eine Stunde lang die tollsten Anklagen und Beschimpfungen gegen Reichsbanner, Sozialdemokratie und sonstige Republikaner in den Saal. Als ihn Lobe durch zwei Ordnungsrufe etwas zu parlamentarischen Sitten bringen wollte, zeigte sich, dass der Mann nicht einmal gemerkt hatte, in welchen Schimpferien er sich bewegte. Der Christlichsoziale Hennes will alle Organisationen verboten wissen, die aufreizend den christlichen Glauben verhöhnern. Gleichzeitig aber bezeichnete er die Gottlosen als Gericht Gottes wegen mannigfachen Versagens der Kirche.

Am späten Abend des Mittwoch wandelte sich der Reichstag für eine kurze Stunde zu einem Hörsaal. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hilferding erwies Gregor Strasser die Ehre, dessen Ausführungen marxistisch zu durchleuchten. Zwar hatten die Nationalsozialisten offensichtlich Anweisung erhalten, während der Rede Hilferdings den Saal zu verlassen, aber mehr und mehr fanden sie sich doch wieder ein. Der ganze Reichstag hörte den Vortrag Hilferdings über Grundfragen des Marxismus mit grosser Spannung an. Hilferding hielt den Nationalsozialisten zunächst vor, dass sie stets sich drücken, wenn sie sozialistische Forderungen in die Praxis übertragen sollen. Als die Sozialdemokratie den Antrag auf Verstaatlichung der Eisenindustrie stellte, wer drückte sich da? Die Nationalsozialisten. Als nach der Bankensanierung die Sozialisierung der Banken spruchreif gewesen wäre, wer hat da gefehlt? Die Nationalsozialisten. Hilferding spottete, er sei gespannt, welche sozialistischen Forderungen sie bei ihren preussischen Koalitionsverhandlungen stellen würden. Aus der Harzburger Tagung wisse man, dass die Nationalsozialisten damals weder das Wirtschafts- noch das Arbeitsministerium besetzen wollten, obwohl dieses die entscheidenden Ministerien für sozialistische Massnahmen seien.

Heiterkeit gab es, als Hilferding aus den Zukunftsstaats-Debatten des Jahres 1892 nachwies, wieviel von dem Strasserschen Sozialismus aus Reden von August Bebel gestohlen ist. Sogar das Wort "Sytem" haben sie von August Bebel übernommen. Noch heiterer wurde das Haus, als der souveräne Marx-Kenner Dr. Hilferding an mehreren Zitaten bewies, dass Strasser Geistesanleihen nicht nur bei Karl Marx sondern auch bei Heinrich Heine entnommen hatte. Hilferding meinte, er danke Herrn Strasser, dass er marxistische Gedankengänge in Kreise trage, die bisher den Ideen der Sozialdemokraten schwer zugänglich gewesen seien. Auch die Brechung der Zinsknechtschaft hat August Bebel im Jahre 1893 verlangt, freilich nicht im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, was Unsinn ist, sondern nur als Schlussstein für eine neue Gesellschaftsordnung. Alle wirtschaftlichen Absichten der Nationalsozialisten, die zu einer vollen Inflation führen, wies Hilferding überzeugend nach. Schliesslich bezweifelte er, ob Strassers Rede in irgend einer Beziehung übereinstimme mit dem Vortrag, den Hitler im Industriellen Klub zu Düsseldorf gehalten habe. Wenn Fritz Thyssen, der Grosskapitalist, am Schlusse des Hitler'schen Vortrages gerufen habe: "Heil Hitler!", so müsse der Unterschied zwischen der Rede Strassers und der kapitalistischen Rede Hitlers so gross sein wie der zwischen einem Arbeiter und Herrn Thyssen. Hilferding beendete seine in jeder Beziehung grosse Rede mit einer Verdeutlichung des Klassenkampfes und unseres Zieles einer klassenlosen Gesellschaft. Nicht Klassenhass ist uns unsere Bewegung, wir klagen nicht den einzelnen Unternehmer an, sondern das kapitalistische System, das Ausbeutung der Massen als Grundlage hat. Siegesicher verkündete Hilferding den Anbruch des sozialistischen Zeitalters in einem temperamentvollen Bekenntnis des Glaubens an den Sieg der Ideen für Wahrheit und Freiheit.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte dem Abgeordneten Hilferding eine stürmische Ovation; die Nationalsozialisten veranstalteten keinerlei Gegenkundgebung. Das Haus hatte eine Stunde von hohem geistigen Rang erlebt.

Aus aller Welt

Sklareks Ankläger.

"Alle drei Brüder sind schuldig."

SPD. Der Berliner Sklarek-Prozess geht nach siebenmonatiger Dauer seinem Ende entgegen. Nachdem am Montag die Beweisaufnahme mit einer kleinen Nachlese abgeschlossen worden war, ergriff am Mittwoch Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker als erster Ankläger das Wort. Seit langer Zeit waren zum ersten Mal wieder alle Angeklagten und ihre Verteidiger zur Stelle; auch im Zuschauerraum war kein Platz unbesetzt.

In seiner Einleitung geisselte der Ankläger die sittliche Verwahrlosung, die der Prozess enthüllt habe. Das grosse Interesse der Oeffentlichkeit an der Gerichtsverhandlung sei damit zu erklären, dass weite Kreise im Sklarek-Prozess ein Symptom des Zeitgeistes sähen - eines Geistes des krassesten Materialismus, der nichts anderes als Geldraffen kenne und bei diesem Geldraffen unbedenklich über Leichen gehe. Und das Ziel der Materialisten? Es sei Geldbesitz um des blossen Genusses willen...

Die Anklagebehörde habe zunächst versucht, die Straftaten der Brüder Sklarek allein zu verfolgen, dann aber erkennen müssen, dass es unmöglich ist, an dem grossen Kreis der Mitschuldigen vorüber zu gehen. Weiterhin sei die Wahrheitsfindung durch die Krankheit von Max Sklarek, durch den Tod Kieburgs, Schalldachs und Schünings erschwert worden. Hätten nun auch gewisse Komplexe nicht völlig aufgeklärt werden können, sodass einzelne Anklagepunkte fallen gelassen werden mussten, so sei es im ganzen in der Hauptverhandlung doch gelungen, den Beweis für die Schuld der Angeklagten zu erbringen. Als verhängnisvoll habe sich allerdings gezeigt, dass die Brüder Sklarek seinerzeit aus der Untersuchungshaft entlassen worden wären, Leo und Willi Sklarek würden ihre Freiheit reichlich zu Verdunklungsversuchen benutzt haben. Sie hätten im Hotel Continental eine Art Verdunklungsbüro eröffnet, von wo aus die einzelnen Teilnehmer des Prozesses ihre Informationen erhielten.

Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft ging dann dazu über, die Straftaten zu gruppieren. Die eine Gruppe der Angeklagten bilden Leo und Willi Sklarek; ferner die Angeklagten Lehmann, Tuch und Ludien. Während die Sklareks mit Hilfe von Bestechungen auf Abschliessung von Verträgen und Hereinholung von Aufträgen und hohen städtischen Krediten ausgegangen seien, hätten die andern Angeklagten den Gebrüdern Sklarek bei der Herstellung von Unterlagen geholfen. Die Kreditgewährung sei durch Bestechung der Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmidt, durch Betrug und Urkundenfälschung erzielt worden. Die Sklareks hätten die auf unrechtmässige Weise erlangten Geldmittel zu Rennen, Rennwetten und übertriebenem Aufwand benutzt. Hieraus ergäbe sich die strafbare Handlung des Konkursvergehens.

Der Oberstaatsanwalt wies anschliessend darauf hin, dass sich die Angeklagten Brüder Sklarek eine genaue Kenntnis der Persönlichkeiten der früheren Berliner Stadtverwaltung zu verschaffen gewusst hätten, um zielbewusst die Schwächen und Liebhabereien der Menschen ausnützen zu können, auf deren Gunst sie angewiesen waren. Stadtbankdirektor Schmidt sei ein leidenschaftlicher Jäger gewesen - er hätte seine Jagd bekommen; Stadtbankdirektor Hoffmann habe eine Vorliebe für gutes Essen und Trinken gehabt - man habe es daran nicht fehlen lassen; und für Kohl, den Freund der Häuslichkeit, hätte es ein Häuschen gegeben. Die Mitangeklagten hätten sich auch auf Kosten der Sklareks eingekleidet, "die kleinen Leute von der Stange, die feinen Herren nach Mass"; und

man könne wohl sagen, meinte der Oberstaatsanwalt, dass sogar Bargeld verteilt worden wäre - nämlich unter dem Vorwand der Renngewinne...

Nach Meinung der Staatsanwaltschaft haben Max, Leo und Willi Sklarek gleichmässig alles gewusst und sind gleichmässig schuldig. Der Versuch von Leo und Willi (und ihren Verteidigern), alle Schuld oder doch die Hauptschuld auf den kranken und verhandlungsunfähigen Max Sklarek abzuwälzen, sei misslungen. Wenn die Brüder Sklarek immer wieder die Behauptung aufgestellt hätten, dass sie von der Stadt betrogen worden seien, so habe die Beweisaufnahme ergeben, dass von einem Betrug der Stadt Berlin an die Gebrüder Sklarek keine Rede sein könne. Das Gericht müsse auch die Behauptung, dass sich Oberbürgermeister Böss und Bürgermeister Scholz strafbar gemacht haben sollen, mit aller Entschiedenheit verneinen. Zu Gunsten der angeklagten Beamten spreche, dass sie die Brüder Sklarek tatsächlich für sehr vermögende Leute, denen es auf grosse Geschenke nicht angekommen sein mag, gehalten hätten; man müsse aber auch sagen, dass sich die betreffenden Beamten durch die Zuwendungen beeinflussen liessen. "Kurz und gut", schliesst der Oberstaatsanwalt sein Plädoyer ernst und schwerwiegend, "die Behauptungen der Anklage sind durch die Beweisaufnahme in vollem Umfang bestätigt worden."

+ + +

Wieder Katapultflüge. An Bord des Lloydsschnelldampfers "Europa" wurde 1 050 Kilometer vor der amerikanischen Küste zum ersten Mal in diesem Jahr wieder ein Katapultflugzeug abgeschossen.

+ + +

Autokatastrophe. Am Mittwoch nachmittag überschlug infolge einer Fehlsteueringung sich in der Nähe von Bad Berka in Thüringen ein Berliner Kraftwagen. Von den fünf Insassen wurden drei schwer verletzt, unter ihnen der türkische Botschafter in Berlin, Exzellenz Kemalettin Sami-Pascha. Der Botschafter wurde ins Krankenhaus nach Weimar überführt.

+ + +

Schneestürme. In den Allgäuer Hochalpen wüten heftige Schneestürme. Auf dem Nebelhorn, dem Säuling und dem Tegelberg ist die Neuschneedecke einen halben Meter dick. Auch im Flachland bleibt der Schnee bei 6 bis 8 Grad Kälte liegen.

+ + +

Zeppelin-Briefmarken. Das argentinische Postministerium hat aus Anlass der regelmässigen Zeppelin-Postflüge von Friedrichshafen nach Argentinien eine Sonderserie Flugpostmarken herausgebracht. Die Briefmarken sind mit dem Bild des Luftschiffs "Graf Zeppelin" geschmückt.

+ + +

Bootskatastrophe. Auf dem oberbayerischen Ammersee schlugen bei Gewittersturm zwei Boote um. Die drei Insassen ertranken.

+ + +

Todessprung. In Bremen stürzte sich ein Tabakgrosshändler vom dritten Stock eines Hafenspeichers auf die Strasse. Der Grosshändler, der offenbar eine bei ihm geplante Zollrevision befürchtet hatte, war sofort tot.

+ + +

Zurück aus Abessinien. Von einer anderthalbjährigen Forschungsreise nach dem bisher unbekanntem Wollegahochland (Westabessinien) ist der Berliner Privatgelehrte Dr. L. von zur Mühlen zurückgekehrt.

+ + +

Gehängt... In einem Odenwalddorf bei Weinheim hat eine Landwirtsfrau ihren Ehemann mit einer Schlinge erwürgt und dann an einem Dachbalken des Speichers hochgezogen. Die Mörderin wurde verhaftet. Sie ist geständig.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Dank vom Hause Doorn.

SPD. Die Agitation der Nazis kostet ein Sündengeld. Millionen und aber Millionen verschlingt ihr Bonzenapparat und die Unterhaltung der SA=Leute. Hitler lebt wie ein Fürst. Kommt er nach Berlin, dann ist der Kaiserhof als Hotel für ihn gerade gut genug. Was Hitler sich leistet, möchten sich die nicht ganz so grossen Gernegrosse auch gerne leisten. Kein Wunder, wenn sich die Einkünfte der Oberbonzen nach unwidersprochenen Zeitungsmeldungen auf die nette Summe von 445 000 Mark pro Jahr belaufen. Die Millionen, die die Nazi-Bewegung kostet, müssen irgendwie aufgebracht werden. Woher sie kommen, ist längst klar. Die ganze Hitlerei wäre morgen schon zur Hälfte erledigt, wenn die Industriellen, Fürsten usw. ihre hilfreiche Hand zurückziehen würden. Für die Aufrechterhaltung der Nazi-Partei als Unternehmerschutztruppe hat man aber selbstverständlich auf Unternehmerseite Millionensummen zur Verfügung.

Diese Summen werden an den Arbeitern herausgeschunden. Es ist kein Zufall, dass gerade die Nazi-Unternehmer beim Lohnabbau und bei der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen stets am reaktionärsten und rücksichtslosesten auftreten. Ein recht lehrreiches Beispiel in dieser Hinsicht gibt die Ziegelei-Verwaltung Cadinen in Ostpreussen, ein Betrieb, der dem ehemaligen deutschen Kaiser gehört. Durch Anschlag wurde den Arbeitern dieses Werks kundgetan, dass die Stundenlöhne des volljährigen und vollwertigen Arbeiters ab 1. Mai von 46 auf 37 Pfennig herabgesetzt werden. Die Arbeiter, die mit dieser Kürzung nicht einverstanden seien, hätten die Bekanntmachung als Kündigung zu betrachten.

Schon 46 Pfennig Stundenlohn sind in dieser Krisenzeit nichts anderes als unerhörte Ausnutzung der Notlage des Arbeiters. Aber 37 Pfennig! Das stinkt schon förmlich nach dem Dritten Reich.

Die Unternehmer haben den Parteibuchbeamten und Schwerverdiener Hitler, den braunschweigischen Regierungsrat a.U. (dauernd auf Urlaub) - für einen Tag Dienst, d.h. für die Verteidigung auf die Verfassung der Republik hat er die angenehme Aussicht auf Staatspension - schon richtig verstanden, als er ihnen erklärte, er werde die Gewerkschaften, die Tarife und die Sozialversicherung zerschlagen. Das Scharfmachertum versteht zwar nicht viel von Wirtschaftsführung, es versteht sich aber aufs Geschäft. Das Geld, das es in die Hitler-Bewegung hineinsteckt, holt es sich aus dem Lohnabbau. Die Scharfmacher finanzieren die Lohnabbauaktion aus dem Lohnabbau. Ein feines Geschäft!

Die Nazi-"Arbeiter"-Partei ist wirklich der grösste Humbug der deutschen Geschichte. Diese "Arbeiter"-Partei wird kommandiert und finanziert von Fürsten, Generälen und Unternehmern. Das Geld für die Finanzierung nimmt man den Arbeitern ab. Mit diesem Geld bezahlt man jene Leute, die der ausgeplünderten Arbeiterschaft - besseren Lohn versprechen. Das Haus Doorn beteiligt sich an diesem Schwindel, Betrug und Humbug und führt uns so "herrlichen Zeiten" entgegen.

SPD. Die Schlächtereiaussperrung in Dänemark wurde am Mittwoch abgeblasen. Die Schlachtungen und der Bacon-Export werden am Donnerstag wieder aufgenommen. Arbeiter und Arbeitgeber haben den Vorschlag des Schlichters an-

eine wöchentliche Lohnkürzung von zwei Kronen angenommen. Die Arbeitgeber haben eine Herabsetzung von 10 bis 14 Kronen wöchentlich verlangt.

SPD. Die Initiative Preussens in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ist bei den Gewerkschaften lebhaft begrüßt worden; denn nicht nur auf Unternehmenseite, sondern leider auch bei den nachgeordneten Stellen in Preussen selbst musste wiederholt ein bedauerlicher Mangel an Verständnis für die Bedeutung einer scharfen Arbeitszeitverkürzung zur Linderung des Arbeitslosenelends festgestellt werden. Hierzu wird uns aus Gewerkschaftskreisen geschrieben:

Zum Zweck der Arbeitsmarktentlastung war ab 1. Januar für das Pflegepersonal in den Kliniken die 48-Stundenwoche eingeführt worden. Gleichzeitig war von gewerkschaftlicher Seite der Antrag gestellt worden, diese Arbeitszeitverkürzung auch für die Ordensschwestern und Rotekreuz-Schwestern durchzuführen. Die Bürokratie wollte davon nichts wissen. Sie hat auch die um die Jahreswende getroffene Vereinbarung, wonach über 65 Jahre alte Personen aus den Betrieben ausscheiden sollen, in der Praxis so durchgeführt, dass wohl die alten Arbeiter entlassen, aber dafür keine neuen eingestellt wurden. Ja, sogar von den durch die Arbeitszeitverkürzung zur Einstellung kommenden Personen wurde wieder ein gut Teil Leute entlassen.

Bei etwas gutem Willen hätten die paar hunderttausend Mark, die durch die Arbeitszeitverkürzung notwendig geworden waren, schon noch aufgebracht werden können. Jedenfalls ist der in den Kliniken nunmehr vielfach zu beobachtende Zustand alles andere als eine Lösung. Praktisch liegen die Dinge heute so, dass das Personal im Gegensatz zu früher nur 48 Stunden bezahlt erhält, dafür aber dieselbe Arbeit leisten muss, wie sie vor der Einführung der 48-Stundenwoche bei 54-stündiger Arbeitszeit geleistet worden ist. Wenn gespart werden soll, dann kann das natürlich nicht durch Rundschreiben an die Direktoren der Kliniken bewerkstelligt werden, sondern nur durch Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle und zwar durch Hinzuziehung des Betriebsrats.

SPD. Der Verbandstag der freigewerkschaftlich organisierten Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, der zurzeit in Dresden stattfindet, begann mit einem Nachruf auf Albert Thomas, den verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitsamtes. Den Geschäftsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Saar. Der Verband hat sich, wie aus dem Bericht hervorgeht, trotz der Krise gut gehalten. Bei einer Arbeitslosigkeit von 40 Prozent der Berufsangehörigen beträgt der Rückgang der Mitglieder rund 9 Prozent. Dementsprechend ist, wie der vom Hauptkassierer Altermann erstattete Kassenbericht zeigt, der Rückgang der Beitragseinnahmen. Auf der anderen Seite sind die Unterstützungsanforderungen an den Verband erheblich gestiegen. 146 000 Mark aus dem Vermögen mussten zur Verfügung der Leistungen des Verbandes verwandt werden. Die von dem Verband unterhaltene besondere Sterbeunterstützungskasse, die 750 bis 2 000 Mark pro Sterbefall auszahlt, leistete für die Mitglieder im Geschäftsjahr 187 000 Mark. Die Sterbekasse hat ein Vermögen von 231 000 Mark.

Wirtschaft Technik Handel

Wirtschaft und Unternehmer.

Jahresversammlung des Deutschen Industrie und Handelstages.

SPD. Der Deutsche Industrie und Handelstag, der als Spitzenorganisation die Industrie- und Handelskammern der einzelnen Wirtschaftsgebiete zusammenfasst, hielt am Mittwoch im ehemaligen Herrenhaus in Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Der neue Präsident des Industrie und Handelstages, Dr. Grund, beschäftigte sich in seiner Eröffnungsrede mit dem Krisenproblem. Neues hat er kaum gesagt. Grund sieht in der Reparationsfrage mit ihrem Drum und Dran den Störungsfaktor in der Wirtschaftsentwicklung. Gut, das ist in Deutschland wohl allgemeine Auffassung und von berufener Stelle in diesen Tagen eindeutig gesagt worden. Was beängstigend bei Grund wirkt, ist die Einseitigkeit, mit der er die Krise nur auf die Reparationsverwickelungen zurückführt. Wir haben von Grund z.B. kein Wort über die Fehlinvestitionen und die Ueberspekulationen in der deutschen Wirtschaft gehört, kein Wort über die Auswüchse des Hochkapitalismus unserer Zeit, die den tiefen Grund zu der gegenwärtigen Krise legen, keine Silbe über die Schäden der Kartelle und der Trusts. Wir bedauern das. In der Öffentlichkeit muss bei dieser Einseitigkeit das Bild entstehen, als wenn in der deutschen Wirtschaft ausser den Reparationen alles in Ordnung wäre. Was leider nicht der Fall ist. Der unkritische Leser der Grundschen Rede muss in den nationalsozialistischen Fehler verfallen, als ob man nur die Reparationsfrage zu regeln habe - und alles sei in Butter. Das ist nicht der Fall.

Im übrigen gab es auf der Berliner Tagung die bekannte Liebläugelei mit der Kateridee, "Löhne und Arbeitszeit vor den drückenden Bindungen zu befreien". Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Aufkraftentwicklung ist eine Zerschlagung des Tarifrechts unmöglich und die Wirtschaft würde - sinkende Nachfrage! - am meisten darunter leiden.

Ueber den "deutschen Unternehmer, seine Rechte und seine Pflichten" sprach Dr. Hackelsberger, Präsident der Handelskammer in Schopfheim. Hackelsberger, der noch hier und da den Universitätsstaub verrät, knüpfte an die "antikapitalistische Welle" an, wie man das in bürgerlichen Kreisen zu nennen beliebt, was bei den letzten Wahlen in Deutschland zutage getreten ist. Die "Verkennung" des Unternehmers, den Hackelberger sehr gut vom Kapitalisten zu scheiden weiss, sei in "Hass und Neid" umgeschlagen. Es gäbe heute nur noch wenige Parteien in Deutschland, die für den Schutz des Privateigentums seien und die sich wirtschaftspolitisch der privaten Wirtschaft annähmen. Der Unternehmer sei aber Urzelle jeder Wirtschaft, der Damm gegen den Staatssozialismus. Deshalb müsse eine Propaganda in Deutschland für die Anerkennung des Unternehmers werben; u.a. müsse der Schulunterricht auf eine solche Werbung abgestellt sein. Das Unternehmertum müsse sich zur politischen Aktivität aufraffen.

Wenn das mit der antikapitalistischen Welle wirklich so ist, wie es Hackelberger darstellt, dann trägt wohl das Unternehmertum in Deutschland mit die Verantwortung dafür. Hackelberger kennt die Sünden dieses Unternehmertums nur zu genau. So wies er z.B. in seinem Referat darauf hin, dass man sich nicht als Unternehmer in die Brust werfen dürfe, um andererseits von der Regierung Subventionen zu erbetteln oder Zölle, die dem Unternehmer eine lebenslängliche

Rente gewährleisten. Hackelberger kennt auch die Schäden des Kartellismus. Er verlangt eine "Dekonzentration", also eine Einstellung unserer Wirtschaftspolitik, die dem kleinen und mittleren Unternehmertum mehr Rechnung trägt als bisher.

Aber, so fragen wir, wo war dieses Unternehmertum, das Hackelberger vorschwebt, als Gewerkschaften und Sozialdemokratie eine entsprechende Gesetzgebung verlangten? Wo war dieses Unternehmertum, als man in Deutschland eine sogenannte Mittelstandspolitik einleitete, die im Gegensatz zu der liberalen Auffassung Hackelbergers steht und die sich in vielen direkt bolschewistisch charakterisiert? Hat nicht das kleine und mittlere Unternehmertum nur schwächlich gegen das System der Grosssubventionen protestiert, das mit zu seinen Lasten geht? Hat das kleine und mittlere Unternehmertum nicht selbst Subventionen genommen? Wenn die deutsche Öffentlichkeit den deutschen Unternehmer mit etwas anderen Augen betrachtet als Hackelberger, dann hat sie schon Gründe dafür. Wenn Hackelberger meint, man dürfe die Fälle von Misswirtschaft in der Privatwirtschaft, Fälle wie Nordwolle, Schultheiss usw., nicht verallgemeinern, dann irrt er eben. Fälle wie der der Favag haben wirklich nur die tatsächliche Desorganisation in der privaten Wirtschaft offenbart. Sie sind keine Einzelfälle. Und wenn Hackelberger darlegt, dass eine "gewisse Strömung" in Deutschland den Unternehmer zum "Nachtwächter seiner Fabrik" machen will, dann irrt er auch da und versteht wenig von den Forderungen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nach einer Kontrolle der Wirtschaft. Eben weil die Politik der privaten Wirtschaft Keime zu der gegenwärtigen Krise gelegt hat, deshalb ist diese Kontrolle notwendig. Mit dem Hackelbergerschen Nachtwächter hat diese Forderung nicht das geringste zu tun.

Wir hatten von der Hackelbergerschen Rede den Eindruck, als ob sich das deutsche Unternehmertum verpflichtet fühlt, propagandistisch etwas gegen die steigende Flut des Nationalsozialismus zu tun. Ein recht grosser Teil dieses Unternehmertums hat den Nationalsozialismus gefördert und fördert ihn noch. Es ist ja so bequem, mit der Partei Adolf Hitlers einen Druck auf Gewerkschaften und Sozialdemokraten auszuüben. Vieles, was in Deutschland im letzten Jahr passiert ist, war nur so möglich. Das war schön und in Ordnung, solange die Nationalsozialisten eine Partei von etwa 7 bis 8 Millionen Stimmen in Deutschland waren. Jetzt aber, wo neue Millionen zu den Nationalsozialisten gestossen sind und zwar Millionen, die die Versprechungen der Nationalsozialisten bitter ernst nehmen, scheint es dem Unternehmertum etwas ungemütlich dabei zu werden. Nicht, dass man glaubt, Adolf Hitler dächte in Wirklichkeit daran, die Versprechungen seiner Partei zu erfüllen. Aber es scheint den deutschen Unternehmern angesichts der Vorstellung nicht wohl zumute zu sein, dass die zu den Nationalsozialisten gestossenen Millionen eines Tages den faulen Zauber der Nationalsozialisten erkennen und ihre Forderungen in handgreiflicher Weise anzumelden. Das wäre eine Angelegenheit, deren Ende katastrophal sein muss.

Staatssekretär Trendelenburg, der gegenwärtig wieder das Reichswirtschaftsministerium betreut, wies den Industrie- und Handelstag auf die Schwierigkeiten der handelspolitischen Situation hin und warnte vor der Autarkie. Der deutsche Export machte im Jahre 1929 rund 30% der deutschen Erzeugung aus, im Jahre 1931 sogar 38 Prozent. Ein grosser Teil der industriellen Bevölkerung lebe vom Weltmarkt. Zerschlage man die Möglichkeiten, deutsche Waren auf dem Weltmarkt abzusetzen, dann bedeute das eine Verminderung der Kaufkraft im Lande, was man in der deutschen Wirtschaft bald spüren werde.

SPD. Die Abschlüsse der Spitzengesellschaften im Allianzkoncern, der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs A.G. und der Allianz und Stuttgarter Verein Lebensversicherungsbank A.-G., zeigen, dass das Katastrophenjahr an diesem Teil der Privatversicherung so ziemlich spurlos vorübergegangen ist.

Bei der Allianz- und Stuttgarter Verein A.G., bei der das Sachversicherungsgeschäft zusammengefasst ist, wurde im vergangenen Jahr eine Gesamtprämieinnahme von 181,9 gegen 196,2 Millionen Mark erzielt. Die Nettoprämieinnahme stellte sich auf 109,5 gegenüber 118,3 Millionen Mark. Nach Absetzung sehr hoher Abschreibungen und Rückstellungen - u.a. wurden auf Währungsverluste 2,8 und Wertpapiere 4,7 und auf Beteiligungen 1,8 Millionen Mark abgeschrieben - wird ein Reingewinn von 5,65 Millionen Mark ausgewiesen, der noch etwas über dem Stand des Vorjahres liegt. Von diesem Reingewinn wird nach weiteren Rückstellungen von 500 000 Mark die gleich hohe Dividende von 12 Prozent wie im Vorjahre zur Ausschüttung vorgeschlagen. Weitere 1,4 Millionen Mark sollen für das nicht eingezahlte Aktienkapital verwendet werden, das alsdann mit insgesamt $33 \frac{1}{3}$ Prozent eingezahlt ist.

Der Geschäftsbericht hebt hervor, dass der Rückgang bei den Prämieinnahmen nur zum geringsten Teil konjunkturbedingt ist. Dieser Rückgang von 15 Millionen Mark ist im wesentlichen dadurch verursacht, dass die Gesellschaft das Geschäft in der Transportversicherung stark reduziert hat, ferner der Wertschwund bei Grundstücken und anderen Versicherungsobjekten gleichfalls auf den Prämienwert drückte, sodass der eigentliche Kriseneinfluss auf den Gesamtprämienbestand sich auf eine Senkung von höchstens 4 Prozent beläuft. Zieht man zum Vergleich dieser Entwicklung den Schrumpfungsprozess in Handel und Industrie heran, der vielfach bis zu 50 Prozent ging, so erweist sich hierin die ausserordentliche Krisenfestigkeit des Versicherungsgewerbes.

Das geht auch aus der technischen Entwicklung des Geschäftes hervor. Der Bestand an Versicherungsverträgen konnte nicht nur gehalten, sondern sogar gesteigert werden. So erhöhte sich der Versicherungsbestand, der im Jahre 1930 von 4,35 auf 4,36 Millionen gewachsen war, im Berichtsjahr auf insgesamt 4 387 129 Verträge. Neu angemeldet wurden 411 319 gegen 434 018 Schadenfälle. Der Schadenverlauf ist also im letzten Jahr günstiger gewesen als im Jahre 1930. Von je 1 000 Schadenfällen führten nur 0,23 zu gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Versicherungsnehmern. In den einzelnen Geschäftsparten war die Entwicklung durchaus unterschiedlich. Grössere Verluste entstanden, wie bei der Verschärfung der Kreditkrise nicht anders zu erwarten war, im Delcrederegeschäft, also in der Garantie- und Kreditversicherung. Innerhalb der einzelnen Versicherungszweige hat sich der Schwerpunkt des Geschäftes gleichfalls stark verschoben. So wird von der Verwaltung mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass das beste und gesündeste Geschäft in der Krisenzeit die Klein- und Kleinsversicherung ist, während sich bei den Grossversicherten vielfach sehr unangenehme Krisenwirkungen fühlbar machen. So war u.a. die reine Industriever-sicherung bis zu 20 Prozent rückgängig. Auch das Versicherungsgeschäft mit Hamburg hauptsächlich für Ueberseegeschäfte war ausserordentlich schlecht.

Die gesamten Garantiemittel der Gesellschaft betragen jetzt 208 gegen 210,6 Millionen Mark im Vorjahr. Die Zahl der im Innendienst beschäftigten Angestellten hat sich von 7 193 auf 7 938 Personen erhöht. Der weitaus grösste Teil dieses Zuwachses im Gesamtkonzern ist auf die Lebensversicherung zurückzuführen.

Die Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G. erzielte im Laufe des letzten Jahres einen Neuzugang von 425 gegen 531 Millionen Mark Versicherungssumme. Der gesamte Versicherungsbestand erhöhte sich von 3,18 auf 3,28 Milliarden Mark. Auch als ein typisches Krisenzeichen ist zu bewerten dass von dem Neuzugang 141 Millionen auf die Kleinlebensversicherungen entfallen, deren Anteil 1930 nur 83 Millionen Mark betrug. Auch bei der Lebens-

versicherungsbank hat sich der Gesamtüberschuss mit 31,6 gegen 31 Millionen im vorhergehenden Jahre noch gesteigert. Hiervon sollen 28,9 Millionen (das sind wir im Vorjahre 99 Prozent des Ueberschusses) an die Gewinnreserve der Versicherten, die aufgrund ihrer Verträge Anspruch auf Gewinnbeteiligung haben, überwiesen werden. Es wird eine Dividende von 14 gegen 16 Prozent im Vorjahre vorschlagen. Trotz dieser enormen Gewinnausschüttung konnte die Gesellschaft noch zur Deckung künftiger Kapitalverluste aus laufenden Gewinnen 4 Millionen Mark zurückstellen, die zusammen mit der schon bestehenden Zinsrücklage nunmehr eine gewaltige Sonderreserve für etwaige Kapitalverluste in Höhe von 12 Millionen Mark bilden. Die festen Kapitalanlagen der Bank, die mit 485,8 Millionen Mark den höchsten Wertpapierbestand aller deutschen Privatunternehmen hat, haben im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 88,4 Millionen zu verzeichnen gehabt. Die Kapitalerträge sind von 28 auf 34,6 Millionen gestiegen. Die Sicherheitsmittel der Bank betragen einschliesslich der technischen Reserven 550,5 gegen 465,2 Millionen Mark.

Wie von der Verwaltung erklärt wird, ist im laufenden Jahr im gesamten Konzerngeschäft ein stärkerer Rückgang fühlbar geworden. Die Prämieinnahmen sind im Gesamtdurchschnitt in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 10 bis 12 Prozent zurückgegangen.

 Promptroggen höher.

(Berliner Produktenbörse vom 11.Mai)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch die Stimmung leicht befestigt. Trotz der starken Preissteigerung für Roggen am Vortage bestand für prompte Ware weiter gute Kauflust. Da das inländische Angebot knapp blieb, zogen die Notierungen am effektiven Markt wieder um eine Mark an. Auch prompter Weizen stand nur in geringer Menge zur Verfügung. Die Mühlen bekundeten weiter gutes Kaufinteresse und konnten ihren Bedarf zu unveränderten Preisen decken. Am Markte der Zeitgeschäfte war die Umsatztätigkeit klein; für Weizen liessen sich kleine Preisgewinne erzielen, während Roggen für spätere Sichten eher leicht nachgab. Mehl hatte in beiden Sorten sehr ruhiges Geschäft bei gleichbleibenden Forderungen der Mühlen. Hafer hatte kleinen Umsatz und geringes Angebot bei stetiger Tendenz.

	<u>10.Mai</u>	<u>11.Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	273 - 275	273 - 275
Roggen	205 - 207	206 - 208
Braugerate	186 - 193	186 - 193
Futter- und Industrieroggen	178 - 185	178 - 185
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	33,00-36,50	33,00-36,50
Roggenmehl	25,80-27,60	25,80-27,75
Weizenkleie	11,60-11,90	11,60-11,90
Roggenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25

Handelrechtliche Lieferungs geschäfte: Weizen Mai 286 plus Brief (Vortag 285), Juli 284½-282½ (283½), September 225½-225 (226½), Roggen Mai 198½ (-), Juli 196½ (198), September 183½-183 (184), Hafer Mai 174 - 173½ (174½), Juli 178 plus Brief (177½) September - (154).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 11. Mai 1932.

Spazierstocktragödie.^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Die Milfrets brachten mir von ihrer Reise nach Westindien einen hübschen Spazierstock aus Schlangenhholz mit, von der Art, wie ihn vielleicht ein reicher Plantagenbesitzer trägt, wenn er stolz auf seinem Besitztum einher-schreitet. Sein Griff war mit Elfenbeineinsätzen versehen, und eine silberne Schlange wand sich um seinen Schaft. Er war ein richtiges Erbstück - so recht dazu geeignet, an künftige Generationen weitergegeben zu werden, und zwar so rasch als möglich.

Als ich zum ersten Male mit dem Spazierstock öffentlich auftrat, kam ich mir vor wie ein Tambourmajor, der seine Trommler verloren hat. Um keine Aufmerksamkeit zu erregen, suchte ich eine belebte Verkehrsstrasse auf. Da gab es andere Spazierstockträger in der Menschenmenge, die leicht und sicher einher-schritten und bei jedem dritten Schritt im Takte mit der Eisenspitze ihres Spazierstocks auf das Pflaster schlugen. Ich versuchte, sie nachzuahmen. Aber der Rhythmus wollte mir nicht gelingen. Ich glich einem ältlichen Strassenkehrer, der verstreute Zeitungen mit seinem Stocke aufspieszen will, Zweimal strau-chelte ich über meinen Stock; beim dritten Mal entschloss ich mich, ihn wie ein Gewehr unter dem Arme zu tragen. Der nächste Zwischenfall ereignete sich erst einige Minuten später, als ich mich mit dem Stockgriff in einem Kinder-wagen einhakte und das Gefährt etwa einen Häuserblock weit mitzog, bis ich von einem wütenden Kindermädchen gestellt wurde. In einer Zeit, da sich die Aufregung über das entführte Lindbergh-Baby noch immer nicht gelegt hat, fiel es mir schwer, den herbeieilenden Polizisten von meiner Unschuld zu überzeugen.

Kaum hatte ich das Kindermädchen und den Polizisten besänftigt, als ich Pete Wudgeon begegnete, mit dem ich in Katzelshausen in die Schule gegangen war. "Ho! Ho!" rief er aus, als er mich erblickte. "Seht mal, wer da einen Spazierstock trägt! Das nächste Mal wird man dich sicherlich mit einem Monokel im Auge und mit einer Orchidee im Knopfloch treffen...."

"Aber nein", erwiderte ich schüchtern und begann plötzlich zu hinken. "Ich habe eine Knieverletzung; das ist das Ganze. Gestern hat man mir erst den Verband abgenommen."

Petes ehrliches Provinzlergesicht nahm einen Ausdruck aufrichtigen Mit-leids an. "Entschuldige, alter Bursche", sagte er, "ich dachte schon, du seist auch so ein Snob geworden. Entschuldige! Ich hätte ja wissen müssen, dass du für solche New Yorker Modefaxen nichts übrig hast...."

Meine Lahmheit dauerte so lange, bis der gute alte Pete ausser Sicht ge-kommen war. Dann blieb ich vor einer Kunsthandlung stehen, scheinbar, um die Gemälde in der Auslage zu bewundern, in Wirklichkeit jedoch, um mein Spiegel-bild zu betrachten. Traf es wirklich zu, dass ich mich niemals zu der einfache Eleganz des gewerbsmässigen Spazierstockträgers aufschwingen könnte?

Mich auf meinen Spazierstock stützend, nahm ich eine anmutig-nachlässige Haltung ein - der in Nachdenklichkeit versunkene Grosstädter. Plötzlich, ohne vorangegangene Warnung, versank der Stock buchstäblich unter mir, und ich sass auf dem Pflaster. Er war in das Gitterwerk eines Luftschachts gerutscht; dort war er nun zwischen zwei Stäben festgeklemmt.

Nachdem ich mich mühsam aufgerichtet hatte, versuchte ich vergebens, den Stock der Umklammerung zu entreissen. Der Besitzer der Kunsthandlung kam heraus und musterte mich mit unverhohlenem Misstrauen. Mehrere Passanten blieben stehen, um mir zuzuschauen. Die meisten unter ihnen waren der Ansicht, dass ich irgendeine Reklame vorführe. "Ich habe schon von diesem Burschen gelesen", sagte ein Wissender. "Er tut Kaugummi auf die Eisenspitze seines Stockes und fischt damit alles Geld heraus, das durch das Gitter heruntergefallen ist. Man sagt, dass er sich schon ein schönes Vermögen damit verdient hat. Ein Polizist verscheuchte schliesslich die angesammelte Menschenmenge und half mir, nachdem er mich einem grünlichen Kreuzverhör unterworfen hatte, den widerspenstigen Spazierstock herauszuziehen. "Nun aber keine solchen Spässe mehr!" sagte er im Weggehen.

Ganz gebrochen rief ich ein Taxi und fuhr nach Hause. Die Fahrt besänftigte meine arg hergenommenen Nerven, und als ich ausgestiegen war, den Chauffeur bezahlt hatte und in den Hausflur geeilt war, fühlte ich, dass ich wieder ich selbst war. Mir war so leicht und frei zumute.

Beschwingten Schrittes wollte ich die Stiegen hinaneilen, als mir der Chauffeur, der mir nachgelaufen war, auf die Schultern klopfte. "Einen Augenblick, mein lieber Herr", sagte er atemlos und wohlwollend. "Hier ist Ihr Spazierstock!"

So bin ich noch immer der stolze Besitzer eines Spazierstocks aus Schlangenhholz mit einem mit Elfenbeineinsätzen versehenen Griff und einer sich um den Schaft windenden silbernen Schlange. Und am Pfingstsonntag, wenn ich mit meiner Frau spazieren gehe, muss ich ihn wieder tragen. Wir könnten doch die Milfreds treffen, und die wären doch mit Recht sehr beleidigt, wenn sie mich ohne Spazierstock sehen würden, nicht wahr?

(Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Sieben Frauen und ein General.^x

Von Montiel Ballesteros.

SPD. Ohne Buch oder Zeitung, um mich nicht gleich vom Reiz der Lektüre fesseln zu lassen, schlängte ich mich nach der schattigsten, samtensten Stelle des Platzes. Dort ruht eine Bank wie ein Kahn am Ufer. Die Frau, die darauf sitzt, nickt. Sie häkelt. Die Nadeln glänzen, wenn sie sie auseinanderzieht oder stillhält. Die Bäume auf dem Platze sind impressionistisch: Pissaros und Cézannes; an Gauguin reichen sie nicht heran. Das Grün des Rasens stammt aus einem englischen Park. Der Bananenbaum, der den Winter über in einem Schuppen aufbewahrt wird, ist nackt; sein hagerer Leib leuchtet im Glasgelb der Sonne. Die Frau ist herangerückt und rührt an meinen Schenkel. Das Beet vor uns, viergeteilt, mit rotglühenden Blumen: vier weitgespreizte Beine.....

Die Frau häkelt weiter und lächelt mich an. Unsre Augen verstehen sich. Wir erheben uns und gehen eng nebeneinander - soweit es die Neugier der Vorüberkommenden erlaubt - eine enge Gasse entlang. Sie ist Portierfrau. Wir öffnen eine Glastür. Wie ein Wachhund springt uns Zwiebelduft entgegen. Sie ziert sich. Hätte sie Sinn für Poesie, so würde ich ihr von dem nackten Bananenbaum sprechen.....

Blaue und violette Schatten kriechen langsam wie Tiefseetiere über den Rasen. In der Krone eines nahen Baums piepst ein Vogel. Es klingt, als bliese sich der Baum in eiskalte Hände, um sie zu wärmen. Duften die roten Blumen nach Eau de Cologne Atkinson? Nein! Zwei junge Damen haben sich zwischen der Häkelnden und mit niedergelassen. Eine sieht mich an. Sie ist rothaarig und muss sich anstrengen, ihren farblosen Augen Ausdruck zu geben. Die andre ge-

fällt mir besser. Da mir nun beide zuwinken, muss ich ihnen folgen; ich weiss doch, was sich schickt. Während ich überlege, was ich ihnen sagen soll, jagt mir ein Kind seinen Reifen zwischen die Beine....

Ein Kindermädchen nimmt mir den Ausblick. Sie schwillt heran in weisser Schürze mit lockerem Spitzengeriesel, in bebänderter rosa Bluse, mit Halskette und klingelnden goldnen Münzenarmbändern. Sie schiebt einen Kinderwagen. Darin liegt ein hübsches, chromgelbes kleines Wesen. Ich küsse den Arm des Mädchens wie toll. Er schmeckt merkwürdig nach Blutwurst, Ziegelsteinen und Farbe... Mensch, es ist ein Arm aus der letzten Zeit Renoirs (Herbstsalon 192.), als er schon halb verfallen war! Wie feucht, warm, weich ist dies üppige Weib! Ich bin eine Zuckerstange in einer Schüssel Schlagsahne!... ..Vor meinen Augen tanzen die stählernen Häkelnadeln. Das Kind im Wagen weint. Der Vogel piepst leiser. Die Sonne siebt ihr Gold hernieder. Es fliesst wie brauner Syrup über den englischen Rasen, die Bäume, die roten Blumen. Ein süsser Schauer rir herab, umhüllt uns lau, durchtränkt uns, dringt uns ins Mark. Wir atmen schwer. Wir sind wie Tasten eines Klaviers: unter der linden Hand des Spätnachmittags erstöhnen Bananenbaum, Bank, ich selber und zwei rundliche Frauen, die nach einem Provinznest ohne Eisenbahn riechen. Ein Ball, mit roten, gelben, blauen Vierecken bemalt, fliegt hin und her....

"Ich würde mich nie ergeben..."

"Aber wenn er stärker ist..."

"Würde ich schreien..."

"Und wenn dich niemand hört..."

"Er würde mich auf alle Fälle hören - und sich noch mehr erregen."

Ein goldschimmerndes Blatt weht durch die Luft und taumelt zu Boden. Rosskastanie. Es weht grottenkühl heran. Der Bananenbaum träumt vom Glutatem des brasilischen Urwalds. Die beiden Frauen merken, dass ich gleichmütig bleibe.

"Der Herr ist Künstler? Wir haben zu Hause einen van Dyck."

"Einen van Dyck??"

Sie müssen Maupassant gelesen haben. Ich sehe das Bein der Dame vor mir, die (in einer seiner Geschichten) in den Wagen steigt, um eine Sammlung japanischer Stiche zu besuchen. Oder waren es Tassen?

Sie führen mich in ein dämmerdunkles Zimmer und heissen mich auf einem gefälligen Sofa niedersitzen. Weiche Kissen empfangen mich. Benzoeoduft, süsslich wie ein Eunuch, erzählt Geschichten aus Tausend und einer Nacht...

..."Schlaf, Kindchen, schlaf!" Der Kinderwagen rollt vor der Wolke aus Frauenfleisch, Spitzen, Bändern. Ich bin ans äusserste Ende der vollbesetzten Bank gerückt. Der Gärtner, ruppig wie eine Vogelscheuche, zieht einen langen Gummischlauch hinter sich her; ein Rasensprenger dreht sich wie eine wildgewordene Wetterfahne und stäubt funkelnde Diamanten. Die Bildsäule auf dem Denkmalsockel droht, ich weiss nicht wem, mit seinem schwarzen Degen. Ein köstliches Weib kommt heran. Schon sitzt sie auf meiner Bank. Sechs kleine Mädels in verschiedenfarbigen Kleidchen tanzen Ringelreihen; wie ein Blumenstrauss kräuselt es vor mir: grün, orangen, gelb, weiss, blau. Wer weiss, ob die Knochenhand des Todes hier nicht irgendwo heruntastet....

Der Vogel beginnt sein Lied von neuem. Ich will mich ablenken. Ich denke an den Nordpol, zähle bis fünfzig. Vergebens: das Weib erstickt, erdrückt, erschläft mich. Sie beginnt, mich aus der Entfernung mit leisen Bewegungen zu streicheln. Als drücke sie auf den roten Ballon eines Zerstäubers, jagt sie mir Duftwolken unter die Nase: Hyazinthe, Juchten und den feinen Ruch von Frauenkleidern, die eine lebendige, seidenweiche, warme Haut küssen....

Der Vogel singt eine Mondscheinsonate. Das Rasenbeet schmilzt smaragden wie abendliche Meerflut bei Capri oder Cadiz.

"Würden Sie mir erlauben, Sie zu begleiten, gnädiges Fräulein...?"

"Gehen wir in das Hotel da drüben!"

General Lamarmora auf dem Denkmal schiebt seinen Degen zwischen uns und trennt uns. Der Abend blaut goldbetaut heran und schwindet in violetten Däm-

merungen. Die Bäume tanzen zum Liede des harmonieentollen Vogels. Die roten Beine des Blumenbeetes drohen zur feurigen Schere zu werden und den zuchtlosen Bananenbaum, das Laubwerk, die Schatten, die Töne zu zerschneiden. Ich fürchte, sie kürzt auch den grünen Samt des Rasens. Ich will sie festhalten, als mir die häkelnde Frau in merkwürdiger Deutung meiner Bückbewegung die Nadeln vor die Augen hält und wütend ausruft: "So eine Unverschämtheit!" Ihr Gebiss klappert wie eine alte Schreibmaschine.

General Lamarmora wird nicht müde, in die Strasse zu drohen, als wolle er die bunte Riesenschlange des Verkehrs zerhauen. Die Ohren dröhnen mir vom Geklingel der Strassenbahn und vom Aufbrüllen der Autohupen...

Die häkelnde Frau, - die beiden jungen Damen, - das Kindermädchen, - die beiden Rindlichen, - das Madel mit Tarif. Sieben im ganzen. Das ist wichtig; der Leser verlangt, was der Titel verspricht. Sieben Frauen, die breite Avenue und General Lamarmora (Frühlingserzählung).

Der Chefredakteur fragt mich: "Ist das nun Freud, Unterbewusstsein, Leberrealismus, oder was?"

"Alles zugleich."

"So!"

"Wahrhaftig!"

"Sagen Sie mal: wie waer's, wenn man noch ein Drittes Geschlecht hineinbrächte? Das wäre...sozusagen...zeitgemäss."

"Vielleicht der General?"

"Schön. Machen Sie das!"

Ich, leise: "Passen Sie auf! Wenn erst weniger Menschen am Denkmal vorüberkommen, setz' ich ihn ebenfalls auf die Bank."

"Und bündeln mit ihm an?"

"Natürlich ... ganz einfache Geschichte!"

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Uruguayschen von
G.H.Neuendorff.)

Spanier auf Reisen.^x

SPD. Die meisten Züge in Spanien haben keine zweite Klasse, und der Reisende muss sich zwischen erster und dritter Klasse entscheiden. Die Reise unterscheidet sich in der ersten Klasse des spanischen Schnellzuges so gut wie garnicht von den Fahrten erster Klasse im übrigen Europa. Schlafwagen, Speisewagen und andre Annehmlichkeiten werden den Reisenden geboten, und diese selbst unterscheiden sich auch sehr wenig von dem internationalen Publikum erster Klasse auf anderen Strecken. Was aber die dritte Klasse betrifft, so kann ich mich noch genau erinnern an alle Schreckensgeschichten, die ich vor der Abreise nach Spanien in Deutschland und Frankreich darüber zu hören bekam. Trotzdem kaufte ich mir mit Todesmut eine "Kilometrik" dritter Klasse, d.h. ich kaufte mir, wie es in Spanien bei langen Reisen üblich ist, 3000 Kilometer Reise, wobei ein Kilometer auf 5 Ctm. (1½ Pfennig) zu stehen kommt. Mit dieser Karte, von der nun dauernd Hunderte von Kilometern abgerissen wurden, reiste ich in Spanien hin und her, in Eil- und Bummelzügen, bei Tag und bei Nacht, in überfüllten und leeren Wagen. Ich muss gestehen: oft sehnte ich mich nach den sauberen Wagen dritter Klasse in Deutschland oder in der Schweiz; oft pries ich im Geiste die Distanz wahrenen Nordländer und schätzte in der Erinnerung alle schweigsamen Reisegefährten, die mir jemals begegnet sind, hoch ein. Dennoch bewahre ich trotz der sehr oft ungemütlichen Vernachlässigung der Wagen, trotz dem Mangel an Wasser in den Toiletten, trotz dem unglaublichen Lärm, den die spanischen Reisegefährten jeden Alters und Geschlechtes erzeugten, diese Rei-

sen in dankbarster Erinnerung. Der Eisenbahnwagen dritter Klasse ist ein Stück spanischen Lebens, das für Stunden festgebannt und unter die Lupe des Beobachters gestellt ist. Schon der Bahnsteig stellt ein fesselndes Bild dar. Der Spanier, der eine Reise von einigen und manchmal auch nur von einer Stunde unternimmt, wird meistens von seiner zahlreichen Familie nebst Anhang zur Bahn begleitet. Reist aber eine Frau ab oder gar eine Frau mit Kinder, so sieht es aus, als ob sie eine Reise um die Welt unternehmen wollte. Es ist beinahe ergreifend, zuzuschauen, wie diese Familien aneinander hängen, und die Art, mit der sie diese Anhänglichkeit zum Ausdrucke bringen, ist zugleich rührend und urkomisch. Besonders sind es aber die Kinder, denen man eine grenzenlose Zärtlichkeit erweist. Diese Zärtlichkeit nimmt Formen an, die jedem Hygieniker eine Todesangst um das Wohl dieser Kinder einjagen müsste, denn wer von den unzähligen Begleitern liesse es sich nehmen, das "niño" nach Herzenslust abzuküssen?

Nun aber setzt sich der Zug in Bewegung. Letzt Küsse, letzte Rufe, Ermahnungen. Das "niño" wird noch einmal ans Fenster gebracht, und beim unglaublichsten Durcheinander fährt der Zug aus dem Bahnhof hinaus. Dann erst wird das Gepäck verstaut, meistens Bündel und Körbe, denn wer einen richtigen Coupékoffer besitzt, ist entweder ein Handelsreisender, oder er gehört zu den "Reichen" und hat sich hierher bloss verirrt. Denn das muss gesagt werden: der Bürger, "der bessere Mensch", reist in Spanien nicht dritter Klasse. Ausser Arbeitern, Bauern, Soldaten und Kleinbürgern sieht man nur noch Zivilgardisten, die eigentlich von amtswegen mitreisen, aber schon nach einigen Minuten der Fahrt ihre Würde beiseite legen und den Menschen herauskehren. Ob Zufall oder Absicht, mehrmals sass mir ein uniformierter Vertreter dieser bestdisziplinierten spanischen Polizeitruppe gegenüber, aber nachdem er seinen Wachshut von lächerlichster Form vom Kopfe genommen und sich irgendein mitreisendes "niño" auf den Schoss gesetzt hatte, wurde er zu einem gutmütigen, harmlosen Schwätzer, der mir mitteilte, wieviel jeder Teil seiner Uniform, die er sich selber anschaffen müsse, kostet, was er über den letzten Stierkampf denke, und wie viele Kinder seiner zu Hause harren. Ueber die Politik sprechen die Zivilgardisten ungern, weil sie wohl in völligster Unkenntnis der Dinge leben. So gewann ich denn allmählich den Eindruck, dass die gefürchtete und gehasste Gendarmerie nichts anderes ist als ein primitives und vielleicht deshalb wirksames Werkzeug in der Hand des jeweiligen Machthabers.

Die Kinder vollends sind alle kleine Engel, wie die spanischen Mütter versichern. Das mag ja auch stimmen, aber leider sind die Mitreisenden nur allzu oft Zeugen, wie diese Engel ihre kleinen irdischen Geschäfte mitten im Abteil verrichten, was alle anwesenden Frauen ausserordentlich zu amüsieren scheint. Uebrigens sind die Erwachsenen ebenfalls ungemein ungeniert, wenn auch ihre Ungeniertheit nicht so weit wie bei den Kindern geht. Ein malerisches Bild stellt das Speisen der Reisegefährten dar: aus grossen Esskörben werden nicht etwa belegte Brote, sondern fertige Speisen, Fische, Eierkuchen, Fleisch hervorgeholt und mit den Fingern gegessen, wozu der feurige spanische Wein direkt aus der Flasche getrunken wird. Auf den Bahnhöfen werden ähnlich zusammengestellte Esstüten verkauft: eine vollkommene Mahlzeit, nur kalt, dazu Obst und eine Flasche Wein, alles zusammen für dreieinhalb Peseten (1,10 Mark). Diese Tüten werden meistens von Junggesellen gekauft. Ob aber einer Junggeselle ist, und warum, und ob er es noch lange zu sein vorhat, und was er sonst denkt, fühlt und beabsichtigt, weiss natürlich das ganze Abteil schon nach ganz kurzer Zeit. Nirgends wohl fallen die Schranken zwischen Menschen so leicht wie hier im spanischen Wagen dritter Klasse, und aus den Erzählungen und Gesprächen, aus dem ganzen Gebaren dieser Leute, entpuppt sich der Spanier mit seiner Not und seinen Freuden, seiner Unkenntnis der Zusammenhänge des Lebens, seinem Wunderglauben, selbst in der Politik, seinem Drang nach persönlicher Unabhängigkeit, seiner Sinnlichkeit und seiner Romantik.

Auch Geschäfte werden im Zuge getätigt. Auf grossen Stationen kommen

oft Leute hinein, die eine kleine Strecke weit mitfahren und während dieser kurzen Fahrt eine Schnelllotterie veranstalten. Sie verkaufen ihre Lose sehr billig - für 10 Ctm. -; dafür ist aber auch der Gewinn nicht erschütternd gross. Trotzdem gerät der ganze Wagen in ein unbezähmbares Spielfieber. Da aber die meisten Spieler eine Enttäuschung erleben, weiss der Veranstalter, dass es ratsamer ist, sich nach zwei, drei Spielen zu drücken. Manchmal steigt ein jugendlicher "Künstler" auf einer Station ein, und ob er Zauberkunststücke zeigt oder melancholische arabisch klingende "Saetas" singt, das Publikum ist ihm für die Abwechslung dankbar, und Kupfermünzen fallen in die kleinen schmutzigen Hände, während die halb ernstesten, halb lachenden Augen der acht- oder zehnjährigen Verdienner unter zusammengezogenen Brauen funkeln. Auf einer kleinen andalusischen Station sah ich auch Kinder vor den Eisenbahnfenstern Flamenco tanzen. Einmal wurde ich mitten in der Nacht geweckt und sah eine riesige Männergestalt, aus deren Gurt viele blanke Messer blitzten. Es war aber kein Räuber, auch nicht die zwei, drei, zehn anderen Männer, die ihm auf den Fersen folgten. Nein, man befand sich nur in Manzaras, das durch seine Messerfabrikation berühmt ist, und diese barbarisch aussehenden Männer waren friedliche Messerhändler, die ihre Kundschaft im Zuge suchten und wohl auch fanden.

Ein warmes Bad und eine Nacht in einem guten Bette genügen, um nach einer derartigen Reise wieder ein zivilisiertes Wesen zu werden. Aber unzählige und farbenreich drängen sich noch nach langer Zeit Bilder über Bilder ins Gedächtnis aus einem verräucherten, schmutzigen, dumpfen Wagen, wo Menschen ohne Kragen und mit schmutzigen, krustigen Händen so lustig und so menschlich der Fremden ihre Freundschaft antragen. Diese Menschen leben hier im Eisenbahnwagen ihr alltägliches Leben weiter, und das ist es wohl, was das Reisen in Spanien vom Reisen in anderen Ländern unterscheidet; wenn man den Zug in Spanien besteigt, hört das Leben nicht auf. Man unterbricht es nicht, um es nach Stunden und an einem anderen Orte wieder aufzunehmen, sondern man sieht sich ins regste Leben versetzt, nur dass sich dieses Geschehen in einem abgegrenzten Raum abspielt und von den rollenden Rädern des Zuges weitergetragen wird. Was macht es schon aus, dass viele Züge nur sehr langsam fahren! Der Fremde fährt durch ein Bilderbuch; die landschaftlichen Bilder wechseln je nach der Gegend, und die Mitreisenden liefern freimütig einen ungekünstelten und nie wiederkehrenden Text zu diesen Bildern.

Sophie Kramstyk.

Aktienschwindel vor 200 Jahren.*

SPD. Die Geschichte des Ivar Kreuger hat die Erinnerung wieder aufleben lassen auf frühere betrügerische Vorgänge verwandter Art. Der erste grosse Aktienschwindel war der des Schotten John Law im Beginn des 18. Jahrhunderts. John Law war 1671 in Edinburgh als Sohn eines Goldschmieds geboren, hatte auf einem abenteuerlichen Wanderleben durch Europa 2 Millionen Franken zu erwerben gewusst, arbeitete eine Theorie über Kreditwesen aus und war Erfinder des Papiergeldes. 1716 errichtete er in Frankreich zunächst eine Privatbank, die dann zur Staatsbank umgewandelt wurde. Die Unternehmungen wurden ausgedehnt; eine Bank sollte Länder am Mississippi ausbeuten; eine koloniale Grossunternehmung erhielt den Namen der Indischen Kompagnie. Alles gründete sich hauptsächlich auf Papiergeldwährung. Man verbot sogar in Frankreich den Besitz von Metallgeld; Gold- und Silbergeschirr, Edelsteine, alles sollte an die Königliche Bank abgeliefert werden. Die Spekulation des Publikums in den Aktien wurde auf die wildeste Weise angeregt. Im Januar 1720 wurde Law Finanzminister. Im Mai brach die Indische Kompagnie zusammen; alles Geld war verschwunden; die Aktien waren so gut wie wertlos; unzählige Menschen kamen an den Bettelstab; eine grosse Teuerung setzte ein; Law selbst floh und starb 1729 in

Armut zu Venedig. Er selbst hat wohl zeitweise an seine Finanzpläne geglaubt. Ausserst amüsante, kulturgeschichtlich bedeutsame Bilder, die eine humoristische Verulkung dieser Vorgänge darstellen, enthält ein höchst seltenes altes Buch in holländischer Sprache, Prachtband, Grossfolie, in Leder gebunden, erschienen zu Amsterdam im Jahre 1720. Es nennt sich "Die grosse Vorführung der Narrheit, darstellend das Aufkommen, den Fortgang und Untergang der Aktien, Luftblasen und Windgeschäft in Frankreich, England und den Niederlanden im Jahre 1720". Gedruckt wurde es "zur Warnung der Nachkommen mit vielen Scherzen und Witzen". Es enthält "Kunstplatten, Komödien und Gedichte", ist also eine Satire auf den Aktienschwindel, der als "Luftblasen und Windhandel" charakterisiert wird. Voraus geht ein Bild des John Law. Die grossen Kupferstiche sind überhaupt das Amüsanteste in dem Buch, obschon auch die Komödien und Gedichte sehr viel Schalkhaftes und scharfen Spott enthalten. Es fehlt nicht an einem "Tollhaus der Aktionäre", an einer Harlekinkomödie und andern schönen Dingen. Aber die Satire der Bilder ist noch weit eigenartiger. Da gibt es - im ganzen sind es 45 grosse Kupferstiche - "Einkäufer, die mit Wind bezahlt werden" an der Börse, - der letzte bleibt hängen, heisst es, ganz wie heute bei solchen kapitalistischen Zusammenbrüchen. - Law reitet als zweiter Don Quixote auf einem Grautier heran; Teufel hocken vor und hinter ihm auf; es gibt einen Naturaktiendoktor als Meister der Luftblasen, ein schaulich-altes Weib als Direktrice der verfallenen Aktien, einen Mann als aufgeblasenen "Windbeutel"... Die Aktien werden in die Luft geblasen und aufgefangen; Affen sitzen da und lachen; die Weltkugel steht in Brand und wird mit Wasser begossen; Fische sind im Netz gefangen worden; der Meermann kommt über das Wasser gefahren und bringt neue Unternehmungen - wohl eine Anspielung auf die Mississippi- und die Indische Kompagnie. Dann kommen Bilder der Spielkarten, Karo, Pique usw., die als ganz neue "Windkarten des Windnegotiums" erscheinen, - kurz: das Thema des windigen Geschäfts wird nach allen Seiten hin behandelt und illustriert. Zuletzt folgt der Untergang des ganzen Aktienwindgeschäfts und die Wiedereinführung einer echten Währung anstelle der papiernen. Wer dünkt dabei nicht an die jüngstvergangene Inflation? - Zu den letzten Bildern gehört dann noch eins des Königs und der Königin vom Mississippi, die nackt, mit einem Federschurz umgürtet, halb lächelnd, halb wehmütig unter einer Palme wandeln. Den Schluss bildet ein Alphabet, in dem zu jedem Buchstaben eine satirische Illustration gegeben wird, als letzte der Professor Bombarie, wie der grosse Unternehmer und Heilsverkünder immer bezeichnet wird. Hinter ihm sprengt der Teufel herein. Dies Bild des Teufels, das immer wiederkehrt, dürfte wohl auch Goethe vorgeschwebt haben, als er im zweiten Teil des "Faust" den Mephisto am Kaiserhofe das Papiergeld erfinden lässt, das in Bühnendarstellungen in ganz ähnlicher Weise wie in den geschilderten Bildern in die Luft geworfen, also ebenfalls als "Windhandel" charakterisiert wird. In der vorangehenden Liste der Bilder wird das letzte grössere Bild als "Das sterbende Luftblasenheer im Schosse von Frau Kompagnie" bezeichnet. Auch Ivar Kreugers Unternehmungen waren solch ein sterbendes Luftblasenheer; er selbst ging zur rechten Zeit fort, aber "die Letzten blieben hängen". Das grosse Theater, die grosse Vorführung der Narrheit, wie es in dem erwähnten Buche bezeichnet wird, erleben wir stets aufs Neue.

Henni Lehmann.

SPD. Die Taschenuhr als Kompass.^X Wenn nach grauen Wintertagen wieder die schöne, sonnige Frühlingszeit beginnt, dann beginnt auch die Zeit des Wanders, die den Naturfreund hinauslockt in die Freiheit, in die weite, sonnige Welt. Bei grösseren Wanderungen durch Wälder und Felder, abseits der Chausseen und vielbegangenen Spazierwege, ist ein Kompass häufig sehr nützlich. Nicht jeder Wanderfreund wird freilich stets einen Kompass bei sich tragen. Nicht jeder wird aber auch wissen, dass er in seiner Taschenuhr einen ganz zuverlässigen

Kompass besitzt. Man ist sehr leicht in der Lage, nach dem Stande der Sonne mit Hilfe der Taschenuhr die Himmelsrichtungen zu finden. Zunächst ist die Uhr so zu halten, dass der Stundenzeiger genau zur Sonne zeigt. Halbiert man nun den Winkel zwischen der Zwölf und dem Stundenzeiger, so weist diese Halbierungslinie nach Süden. Man kann diese Himmelsrichtung ziemlich genau feststellen, wenn man die Minuten zwischen der Zahl Zwölf und dem Stundenzeiger zählt. Nimmt man die Hälfte dieser Anzahl Minuten und denkt sich eine gerade Linie, die diesen Halbierungspunkt mit der Mitte und der gegenüberliegenden Seite des Zifferblattes verbindet, so erhält man mit ausreichender Sicherheit die Nord-Süd-Richtung. Die Ost-West-Richtung kann dann ebenfalls leicht bestimmt werden. Diese Regel gilt aber nur in der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends. Vor 6 Uhr früh oder nach 6 Uhr Abends zeigt der Halbierungspunkt des kleineren Winkels zwischen dem Stundenzeiger und der Zwölf nach Norden. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, dass zur Feststellung der Himmelsrichtung die Uhr selbstverständlich einigermaßen richtig gehen muss.

SPD. Die Rotation der Sonne.^X Die Sonne dreht sich nicht wie ein fester Körper mit gleichbleibender Geschwindigkeit um ihre Achse, sondern die Umdrehungsdauer ist bei den verschiedenen Zonen der Sonnenoberfläche verschieden. Die Umlaufzeit der Flecken auf dem Sonnenkörper in der Nähe des Sonnenäquators beträgt 25 Tage, in 35 Grad Breite aber bereits 27 Tage. Man weiss auf Grund bestimmter Untersuchungsmethoden, dass sich die Verlangsamung der äussersten Hülle der Sonne zu den Polen weiterhin vermehrt. Vor kurzer Zeit machte St. John vom Mount Wilson-Observatorium in Kalifornien darauf aufmerksam, dass aber auch die Rotation am Sonnenäquator selbst veränderlich ist und Schwankungen zeigt. Nach Messungen bedeutender Astronomen, wie Dunér, Adams, Halm und anderen, betrug in der Zeit von 1900 bis 1911 die Geschwindigkeit eines bestimmten Punktes des Sonnenäquators 2 km in der Sekunde, was einer Rotation von 25 Tagen entspricht. Zwischen 1911 und 1918 zeigte sich eine Abnahme auf 1,9 km. Dieser Wert erhielt sich bis 1928. Seit 1929 dagegen ist deutlich wieder eine Zunahme der Rotationsgeschwindigkeit zu erkennen. Man vermutet, dass sich die äusserste Schicht der Sonne in periodischen Abständen hebt und senkt.

SPD. Eine Sonnenmaschine für 3400 Grad Hitze.^X Das Technische Institut der Universität Pasadena in USA bringt die Einführung einer Sonnenmaschine in Vorschlag - von der bisher allerdings erst eine Modellausführung besteht -, die das alte Problem der Ausnutzung der Sonnenkraft erneut in Angriff nimmt. Die neue Maschine besteht aus einer Verbindung von 20 Linsensystemen, die die aufgefängene Sonnenstrahlung mit Hilfe von Spiegeln in einen Zentralkörper hineinstrahlen, wodurch im Zentralbrennpunkt des Linsensystems eine Temperatur von 3400 Grad erzeugt werden soll - eine Temperatur, die ausreichen würde, alle überhaupt schmelzbaren Körper zu schmelzen. Ob der Erfinder, falls sein Modell zur Ausführung gelangt, Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

SPD. Volkstrauertage im alten Rom.^X In der berühmten Schlacht bei Cannä (216 v. Chr.), in der Hannibal die Römer besiegte, wurden nach historischen Berichten nicht weniger als 50.000 Römer getötet und 20.000 gefangen genommen. Von den Karthagern fielen nur 6000 Mann. Der Schlachttag von Cannä wurde in der Folgezeit bei den Römern als nationaler Gedenktag und Busstag begangen. Die Römer hielten überhaupt im Gegensatz zur heute geltenden Sitte, Schlachttage als festliche Gedenktage zu begehen, die Jahrestage ihrer Niederlagen aus Busstage ab, so beispielsweise auch den Tag, an dem sie unter das später sprichwörtlich gewordene kardinische Joch hatten gehen müssen.

Deutscher Reichstag

63. Sitzung vom 11. Mai, 10 Uhr.

SPD. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Schuldentilgungsgesetzes.

Abg. Reinhardt (N.S.) nennt das Gesetz stümperhaft und widerlich. (Präs. Löbe ersucht den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu mässigen). Wer diesem Gesetz zustimmt, der stimme damit für eine Verfassungswidrigkeit. Nur unter dem Einfluss der Regierung hätten nachträglich einige Staatsrechtslehrer die Verfassungsmässigkeit bejaht. Wenn dieses Gesetz leichtfertigerweise angenommen wird, dann sei die Reichsschuldenverwaltung genötigt, weitere Schuldausfertigungen zu verweigern.

Reichsjustizminister Joel

bestreitet, dass das Kreditverfahren der Regierung und das neue Gesetz verfassungswidrig seien. Grundsätzlich sei der Reichspräsident berechtigt, auf Grund des Art. 48 alle Massnahmen zu treffen, die im Wege der ordentlichen Gesetzgebung getroffen werden können. Die ganze Rechtsentwicklung hinsichtlich des Art. 48 sei noch im Fluss. (Lachen b.d.N.S.) Das ist kein Wunder, solange der Reichstag nicht in der Lage ist, das in der Verfassung vorgesehene Ausführungsgesetz für den Art. 48 zustande zu bringen. Es wäre auch möglich, durch Notverordnung dem fehlenden Ausführungsgesetz vorzugreifen. Das ist durch verschiedene Notverordnungen schon geschehen, beispielsweise der Verfassungsbestimmung gegenüber, dass niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf oder der Freizügigkeitsbestimmung gegenüber. (Unruhe b.d.N.S., Zurufe des Abg. Frank II (N.S.).) Der Minister versichert diesen Zurufen gegenüber, dass der Staatsgerichtshof politisch unbeeinflusst sei.

Präs. Löbe ruft den Abg. Frank II zur Ordnung, nachdem er ihn wiederholt vergeblich zur Ruhe ermahnt hat.

Minister Joel bestreitet weiter, dass das Etatrecht des Reichstages durch die Massnahmen der Regierung verletzt worden sei. Bei Kenntnis der neueren staatsrechtlichen Literatur werde Abg. Reinhardt sicherlich seine Vorwürfe als unberechtigt zurücknehmen. Heute sei es wahrhaftig kein Vergnügen, das dornenvolle Amt eines Reichsministers zu versehen.

Die dritte Beratung des Gesetzes ist damit beendet. Die Abstimmung wird vom Präsidenten Löbe zurückgestellt bis zu den weiteren Abstimmungen.

Hierauf wird die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Emminger (Bayr. Vp.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Göring, dass das Brüning-Kabinet Illusionspolitik treibe. Mit so brutaler Offenheit habe noch kein Reichskanzler und kein Finanzminister dem Volke die Wahrheit gesagt, wie Brüning und Dietrich. Dennoch seien weite Kreise des Volkes sich noch immer nicht über den vollen Ernst der Lage klar. Die Währungsfrage sei nicht nur wirtschaftlicher Natur und jedes Verlassen der Goldwährung würde auch schwere psychologische Erschütterungen in unserem Volke hervorrufen. Ein dunkles Kapitel der Wirtschaft seien die Fehlleitungen des Kapitals, die zu einem grossen Teil im Verein mit der falschen Rationalisierung die grosse Arbeitslosigkeit verschuldet hätten. Hier hätten die grossen Wirtschaftsführer nicht das Vertrauen gerechtfertigt, das sie vielfach genossen. Das vom Abg. Strasser vorgetragene Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nationalsozialisten lehne sich eng an die Pläne, die im Reichskabinet erörtert werden. Für die Finanzierung habe Strasser aber keine plausible Lösung anzugeben gewusst. Das S.A.-Verbot sei notwendig gewesen. Gerade Bayern habe die Putschvorbereitungen dieser Privatarmee beobachten können. Die Episode der Harzburger Front scheint nicht nur innerlich, sondern auch äusserlich vorüber zu sein. Während die Nationalsozialisten immer vom freien Volksstaat reden, hat Geheimrat Hugenberg

einer deutschnationalen Landtagskandidatin gesagt, das alte preussische Dreiklassenwahlssystem müsse wieder eingeführt werden. (Hört!Hört!) Wir lehnen ein so plutokratisches Wahlsystem ab. Der Hauptzutreiber der radikalen deutschen Parteien ist Frankreichs unerbittliche Tribut- und Sklavenpolitik. Dieser Politik wird der Reichskanzler in Lausanne das klare deutsche Nein! entgegensetzen. Wir unterstützen die Regierung, solange sie an ihrem Nein! festhält und in der Tributfrage jede Kompromisselei ablehnt.

Abg.Dr.Hugo (D.Vp.): Mit den Reparationen muss nun endgültig Schluss gemacht werden, damit die Weltwirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden kann. Wir begrüßen die klaren Ausführungen, die der Reichskanzler am letzten Sonntag vor der Presse gemacht hat. Wir wollen abwarten, was er in Lausanne und Genf zur Erreichung des von ihm gekennzeichneten Zieles unternehmen kann. Wir freuen uns über das ehrliche Nein, das er in der Tributfrage gesprochen hat. Wir von der Deutschen Volkspartei stehen zum Kabinett in Opposition, aber wir lassen uns dadurch nicht von der einheitlichen aussenpolitischen Linie abbringen. Wir meinen, die Opposition muss so geführt werden, dass man jeden Tag die Verantwortung für das übernehmen kann, was man in der Opposition vertreten hat. Das Programm des Abg.Strasser leidet unter der Illusion, als könnte auf dem dürftigen Boden Deutschlands eine Autarkie durchgesetzt werden. Mit Strassers Programm kann man wohl Arbeit schaffen, aber nicht die lohnende Arbeit, die zur Ernährung der Arbeitenden erforderlich ist. Strasser verlässt sich in dieser Beziehung nur auf den Staat. Ueber die wirtschaftlichen Tatsachen setzt sich Strasser mit schönen Gefühlen hinweg, aber die Wirtschaft arbeitet mit dem Rechenstift und nicht mit Gefühlen. Der in Strassers Programm angedeutete Versuch, auf geheimnisvolle Weise zusätzliches Geld zu schaffen, würde zur Inflation führen müssen. Wenn die Nationalsozialisten an die Regierungsmacht kommen, werden sie es sich sehr überlegen, ob sie das von Strasser vortragene Programm in die Tat umsetzen. Wir hoffen, dass die nationalsozialistische Einladung an das Zentrum, zur Regierung herangelassen zu werden, Erfolg hat. Es ist zu wünschen, dass die Nationalsozialisten, die bisher nur von Illusionsagitation gelebt haben, auch einmal die Verantwortung tragen müssen. Sie haben zwar in den letzten Wahlen den Sieg errungen, aber ihre Bewährung sollen sie erst beweisen. (Beifall).

Abg.Dr.Heuss (Staatspt.): Die nationale Opposition kann leider nicht mehr in das aussenpolitische Spiel der deutschen Kräfte eingesetzt werden, seitdem sie im Youngplan-Volksbegehren ihre deutschen Gegner als zuchthauswürdig diffamiert haben. Nur in Deutschland ist es möglich, dass im letzten Wahlkampf der nationalsozialistische Abg.Brückner dem Reichskanzler nachsagen konnte, Dr.Brüning wolle bis April im Amt bleiben, weil er dann pensionsberechtiget werde. (Pfui!-Rufe) Dieser Reichstagsabgeordnete Brückner weiss nicht einmal, dass die Ministerpensionen aufgehoben sind, aber er unterschiebt solche Motive dem deutschen Reichskanzler, der vor den schwierigsten Kämpfen mit dem Ausland steht. (Pfui!-Rufe). Das Strasser'sche Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten steht auf dem Boden der Autarkie. Wer für Autarkie eintritt, ist bereit in Deutschland den Hunger zu organisieren, die besten Deutschen zur Auswanderung zu nötigen und auf den besten Rohstoff zu verzichten, den Deutschland hat, auf das Hirn und die Ausbildung der deutschen Menschen, auf die Erfindungskraft seiner Ingenieure, die Zuverlässigkeit seiner Arbeitsleistungen, auf die deutsche Qualitätsarbeit. Die Ausstattung des Dritten Reiches, so schliesst der Redner, ist zusammengestellt aus einem Ausverkauf neulackierter alter Ladenhüter aus dem wilhelminischen Zeitalter. (Beifall).

Reichskanzler Dr.Brüning:

Ich will hier nur sprechen über Reparations- und Abrüstungsfrage und werde alle weiteren Fragen in den morgigen Verhandlungen des Auswärtigen Aus-

schusses erörtern. Im Gegensatz zu dem schleppenden Verlauf der fünfjährigen Vorkonferenzen lässt sich feststellen, dass auf der Abrüstungskonferenz in Genf der Wille zur wirklichen Abrüstung viel stärker zur Geltung kommt. Bei der Aussprache mit den Staatsmännern hat sich auch gezeigt, dass bei den Grossmächten eine starke Annäherung an den deutschen Standpunkt zu verzeichnen ist. Es gibt allerdings bei anderen Nationen Auffassungen, die noch zu ernstesten und schweren Auseinandersetzungen im Laufe der nächsten Woche führen wird. Wir können ihnen mit Ruhe entgegensehen im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache. Die Abrüstung hat in vollstem Umfange vor 12 Jahren in Deutschland begonnen. Das Missverhältnis zwischen unserer Entwaffnung und der Aufrüstung der andern hat eine steigende Spannung der politischen Atmosphäre geschaffen. Wir lehnen den Gedanken an einen neuen Rüstungs-Wettlauf ab und wollen die Beseitigung der Differenz durch die Herabsetzung der Rüstungen der andern Staaten nach denselben Methoden herbeigeführt sehen, wie sie seinerzeit nach dem Willen unserer damaligen Vertragsgegner für unsere eigene Abrüstung ausschlaggebend gewesen sind (Beifall). Die Völker haben Vertrauen zu einander. Mögen die Regierungen endlich die Brücken betreten, die von Volk zu Volk bereits geschlagen sind. Ein Misserfolg der Abrüstungskonferenz hätte Auswirkungen weit über die Domäne der von ihr behandelten Fragen hinaus und die daraus entstehenden politischen Schäden würden auch die Wirtschaftslage in der Welt weiter verschlechtern. (Beifall). An der Reparationsfrage hat sich die bekannte Auffassung der Reichsregierung seit Februar nicht geändert. Ich kann mit Genugtuung feststellen, dass in weitem Masse die Meinung an Boden gewonnen hat, dass eine völlige Streichung der politischen Schulden die wichtigste Voraussetzung ist für die Rettung aus der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Not und zur Herbeiführung eines neuen Aufstiegs. Nur wenn die Trennung in Gläubiger- und Schuldnerländer endlich verschwindet, ist der Weg für eine wirklich fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Völkern freige-macht (lebh. Beifall). Es ist meine feste Ueberzeugung, dass an dem Tage, an dem alle politischen Schulden gestrichen werden, jedes Land, auch jedes Gläubigerland, weiter ist als vorher und dass dann im Leben jedes einzelnen, ob Unternehmer oder Arbeiter, eine Besserung eintreten wird. Diese Ueberzeugung wird heute schon von vielen Mächten geteilt, andere wollen aber, dass Deutschland später die Zahlungen wieder aufnehmen soll oder eine Restzahlung gibt. Wer das fordert, der legt sich keine Rechenschaft darüber ab, dass für eine solche Möglichkeit alle Voraussetzungen fehlen. Es ist doch kein Zufall, dass das Gold der Welt sich bei einzelnen Gläubigerländern anhäuft, und dass andererseits Deutschland die rücksichtslosesten Massnahmen treffen musste, um seine Währung intakt zu halten. Die optimistische Einschätzung der Zukunftsentwicklung durch die internationalen Sachverständigen hat sich bitter ge-rächt. (Sehr richtig!) Zur Beschränkung unseres Devisenverkehrs sind wir von den Gläubigerländern geradezu gedrängt worden. Deutschland ist bereit, sowie die erwähnten Voraussetzungen vorliegen, die Handelshemmnisse und darüber hinaus die Zollmauern abzubauen. (Beifall).

Das Wort vom St. Nimmerleinstag trifft heute nicht mehr die Situation. Es gibt eine Hoffnung, dass nämlich die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheuer rapide fortschreitet, dass ein Warten auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Situation hineinbringt, aus der dann vielleicht keiner einen Ausweg mehr sieht. Die Hoffnung einzelner Länder, sich aus den Konsequenzen einer so ungeheuerlichen Krise wenigstens eine Zeitlang noch fernzuhalten, ist langsam, aber stetig im Schwinden. Wir wollen ohne Ueber-treibung, aber mit voller Offenheit jedem Bürger in jedem Staate die Gefahr einhämmern, vor der die ganze Welt in den nächsten Wochen und Monaten steht. Es ist ausgeschlossen, isoliert hier in Deutschland oder anderswo in der Welt die Dinge bessern zu können. (Beifall).

Zu der Kritik an meiner Taktik bei den Reparationsverhandlungen möchte ich an jene Seite (zu den Nat. Soz.) eine Warnung richten: Seien Sie bitte in Ihren Privatunterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger! Dieser mit erhobener Stimme ausgesprochene Satz wird von der Mehrheit mit lauten Hört! Hört=Rufen begleitet. Abg. Torgler (Komm.) ruft: "Sprechen Sie sich deutlich aus, wir sind doch keine Hellseher!" (Heiterkeit). - Der Reichskanzler fährt fort: Es liegt weder im Interesse der Beteiligten, noch ist es im Interesse einer geradlinigen Fortsetzung meiner Aussenpolitik wünschenswert, dass das Ausland auf Grund irgendwelcher Schwätzereien hoffen könnte, dass eine nach mir kommende Regierung kompromissfreudiger wäre als ich. (stürmische Hört! Hört=Rufe und grosse Bewegung im Saale). Mir liegt nur daran, vor der Welt festzustellen, dass weder diese noch irgend eine andere Regierung in der Reparationsfrage hinter das zurückweichen kann, was ich im Januar gesagt habe (Beifall). Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nationalsozialisten entspricht in vielen Punkten dem, was in der Regierung bereits vorbereitet ist und was wir möglichst bald in die Tat umsetzen wollen. Wir unterscheiden uns aber in einem wesentlichen Punkte von den nationalsozialistischen Vorschlägen. Ich lehne es aus innen- und aussenpolitischen Gründen ab, irgend etwas zu tun, was uns vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen und uns populär machen kann, aber schliesslich unsere Währung in Gefahr bringt. (Beifall). Die ernstesten Gefahren, die ich für die ganze Welt in den nächsten Wochen und Monaten bei einem längeren Verzögern der Reparationslösung voraussehe, werden alle Nationen treffen und Deutschland wird sicher nicht der erste Staat sein, der darunter zusammenbricht. Ich muss aber mich dagegen wenden, wenn jetzt schon von einzelnen Wirtschaftlern bestimmte Termine für den Zusammenbruch angegeben werden. (Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.): Sie zerstören Deutschlands Widerstandskraft, indem Sie die S.A. verbieten!). Im Sportpalast, Herr Dr. Goebbels, mögen Sie solche Reden führen. Zu dem, was ich hier im Bewusstsein des vollen Ernstes der Dinge der ganzen Welt vor dem Deutschen Reichstag sage, passen Ihre Zurufe wirklich nicht (lebh. Beifall b. d. Mehrheit). Ich habe beim Regierungsantritt nichts versprochen sondern habe dem Volk die volle ernste Wahrheit gesagt. Die schwersten Hindernisse sind schon überwunden, ohne dass es zu einem Zusammenbruch wirtschaftlicher oder seelischer Art in Deutschland gekommen ist. Ich empfinde die deutsche Not stärker als diejenigen, die mit dieser Not demagogische Agitation treiben wollen (lebh. Beifall). Ich denke dabei an diejenigen, die meinen, jetzt seien sie bald so weit, dass sie dann die Regierung übernehmen können, wenn die Situation wieder den Aufstieg zu neuen Erfolgen verspricht. (Lachen und Unruhe bei den Nat. Soz.). Wir haben in der Regierung eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die jederzeit in Angriff genommen werden können. Es kommt uns aber darauf an, dass bei der Finanzierung jede Gefährdung der deutschen Währung vermieden wird. Wir wollen nicht etwa nur den Etat des Reiches in Ordnung bringen, sondern müssen selbstverständlich auch an die Finanzen der Länder und Gemeinden denken. Die Situation bei uns und die Situation in der ganzen Welt kann sich jetzt nur ändern, wenn Klarheit in der Reparationsfrage in dem Sinne geschaffen wird, wie ich es ausgesprochen habe, wenn Klarheit in der Reparationsfrage geschaffen wird und wenn andererseits die Welt von dem Wahnsinn der Absperrung des Handels wieder abgeht. (Beifall). Dann kann zum ersten Male nach dem Kriege wieder vom wirklichen Frieden und vom Ende des Krieges gesprochen werden. Dann kommt auch das Gefühl aus der Welt heraus, das jetzt viele Siegerstaaten haben, weil die Ausnutzung des Sieges eine unmögliche Situation geschaffen hat, sodass sie nur von einem erneuten Krieg eine Aenderung erwarten. Die Sicherheit ist am besten garantiert, wenn alle Völker frei für sich nach eigenen Gesetzen leben können, aber in Handelsvereinbarungen und im Handelsaustausch mit den anderen. Wenn es gelingt, anstelle der Scheinprosperität nach dem Welt

krieg eine wirkliche langsam aufsteigende dauernde Prosperität zu schaffen, dann erst wird das Gefühl des Friedens in die Welt einziehen und das Gefühl der Unsicherheit beseitigt sein, das so vernichtend auf die Kreditwirtschaft aller Völker gewirkt hat. (Beifall). Ich halte es für notwendig, das von dieser Stelle aus den Staatsmännern der ganzen Welt zu sagen. Deutschlands Stimme in der Welt würde kräftigeren Widerhall finden, wenn in dem Kampf der Parteien eine gewisse Mässigung eintreten würde. Ich rate Ihnen (nach rechts) in Ausdruck, Form und Inhalt der Agitation sich rechtzeitig Mässigungen aufzuerlegen, denn die Hoffnungen, die Sie mit Ihrer Agitation erweckt haben, werden Sie nie erfüllen können. Mich berührt diese Agitation nicht, denn ich will nicht die Ruhe verlieren, die in den letzten Hundert Metern vor dem Ziel absolut notwendig ist. (Stürm. Beifall b. d. Mehrheit).

Abg. Dr. Siemsen (S.A.P.) erklärt, seine Freunde würden mit grösserer Energie als die Sozialdemokraten und Kommunisten die Arbeiterschaft zur ausserparlamentarischen Einheitsfront aufrufen gegen die zunehmende Fasisierung Deutschlands, die in dem politischen Tendenz-Urteil gegen Ossietzky ihren deutlichen Ausdruck gefunden habe.

Abg. Rädel (Komm.) führt aus, zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und den Nationalsozialisten entwickle sich eine immer grössere Uebereinstimmung in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Die Vertretung der wirklich sozialistischen und revolutionären Arbeiterschaft im Kampfe mit Faschismus und Kapitalismus liege jetzt allein bei den Kommunisten.

Die Kommunisten rufen am Schluss der Rädel-Rede dreimal: "Das Brüning-Kabirett nieder! nieder! nieder!"

Abg. Hermann (Wirt. Pt.) erklärt, seine Freunde würden in der jetzigen Zeit der schwersten aussenpolitischen Entscheidungen dem Reichskanzler nicht in den Rücken fallen, sie würden darum das Misstrauensvotum gegen die Regierung ablehnen. Das dürfe aber nicht so aufgefasst werden, als billigte die Wirtschaftspartei die Politik, die von der Regierung in der Form der konstitutionellen Diktatur getrieben worden sei. Die jetzige Wirtschaftspolitik leide an einer masslosen Ueberschätzung des Grosskapitals und der Gewerkschaften unter gleichzeitiger Vernachlässigung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes. Diese Schichten nähmen Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung nicht in Anspruch, obwohl in ihren Kreisen die Not einen furchtbaren Umfang erreicht habe.

Reichskommissar Schlange

Neue Osthilfeanträge dürfen nicht mehr gestellt werden. Mit Ausnahme von Ostpreussen sind in allen übrigen Provinzen die Anträge erledigt. Auch für Ostpreussen wird jetzt ein Endtermin zur Erledigung der Anträge festgesetzt werden. Der Minister erläutert dann den Tilgungsplan und die Verwertungsmöglichkeit der Entschuldungshypotheken.

Abg. Dr. Kleiner (Dnat.) schreit eine seiner gewohnten persönlichen Schimpfreden gegen die Republik, ihre Regierung und die sie stützenden Parteien in der Saal, wobei er auch von "unseren Französlingen, unseren inländischen Ausländern" redet. Als die unausgesetzt beschimpften Republikaner antworten, nennt er sie gehirnverkalkt, erhält einen Ordnungsruf und beschwert sich darüber.

Um 9 Uhr tagt das Haus noch fort. -- Schluss im Funkdienst.